

Für Menschenrechte. Weltweit.

Minderheiten. Menschenrechte. Unser Engagement. Unsere Stärke.



Jahresbericht 2008



gesellschaft
für **bedrohte**
völker

Für Menschenrechte. Weltweit.

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker [GfbV]
 Postfach 2024, D-37010 Göttingen
 Tel.: +49 551 49906-0
 Fax: +49 551 58028
 E-Mail: info@gfbv.de
 Internet: www.gfbv.de

Deutsches
 Zentralinstitut
 für soziale
 Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
 Geprüft+Empfohlen

SPENDENKONTO: 1909
 BLZ 260 500 01
 Sparkasse Göttingen
 (IBAN) DE 87 2605 0001 0000 0019 09
 (BIC) NOLADE 21 GOE

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen/Büros in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Redaktion: Inse Geismar

Titelbilder:

Yanomami/Brasilien, Foto: flickr.com
 Tschuktschen/Sibirien, Foto: Arved Fuchs
 Darfuri/Westsudan, Foto: Mia Farrow

**gesellschaft
 für bedrohte
 völker**

Inhalt

Vorbemerkung	5
Europa	9
Nahost	11
Afrika	14
Asien	16
Indigene Völker	20
UNO und Europarat	22
Regionalgruppen und Aktionen	23
Presse: Die GfbV in den Medien	25
bedrohte Völker - pogrom	27
GfbV-Büro Berlin	28
Finanzen	30
Sektionen	32
Publikationen	37



Vorbemerkung

1968 – 2008: 40 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker

Die bewegende Feier zum 40-jährigen Bestehen unserer Menschenrechtsorganisation mit Gästen aus vielen Ländern fiel 2008 zusammen mit dem Einsetzen der bedrückenden Weltwirtschaftskrise. Sie versetzte auch in unserem Land vielen Menschen zu Recht in Schrecken. Umso mehr müssen wir unseren Mitgliedern, Förderern und Spendern dafür danken, dass die überwältigende Mehrheit uns treu blieb, auch wenn Einzelne uns aus finanziellen Gründen verlassen mussten. So blieben unsere Finanzmittel auf dem gleichen Stand. Aber das ist kein Grund sich auszuruhen. Denn die Anforderungen und Erwartungen zu handeln gerichtet an die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) steigen von Jahr zu Jahr.

Auch unser Kreis, wie die Bevölkerung in Deutschland insgesamt, ist von der demographischen Krise betroffen. Die Zahl unserer Unterstützer in ihrem Umfang zu erhalten, ist nicht einfacher geworden. Neue Anstrengungen sind von Nöten, deshalb muss die deutsche GfbV-Sektion eine Persönlichkeit finden, die sich ganztätig professionell um die Mittelbeschaffung bemühen kann.

Informative Veranstaltungen im VICTOR-GOLLANCZ-HAUS

Erfreulich ist die Weiterentwicklung unseres VICTOR-GOLLANCZ-HAUSES, Hauptsitz unserer Menschenrechtsorganisation. Es liegt günstig in einer grünen Nische hinter dem Stadtwall, nur drei Minuten vom Göttinger Bahnhof entfernt. Wir haben es Mitte 2007 bezogen. Nachdem sich weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an der Abzahlung des großen Hauses mit fast 30 Räumen beteiligt haben, bleiben dem Förderverein für bedrohte Völker jetzt an Zinsen nur noch 196 Euro pro Monat. Großartig ist die Möglichkeit im großen Saal des Hauses zum Beispiel Vorträge oder Infoabende zu organisieren. Zu unseren bisher etwa 20 Veranstaltungen gehörten u.a. „Hat das Christentum im Nahen Osten eine Zukunft?“ (mit dem Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche von Antiochien), „Minderheiten im Kosovo: Verfolgt, vertrieben, vergessen“ (mit dem amerikanischen Journalisten Paul Polansky), Chinas Staatsfeindin Nr. 1: Rebiya Kadeer“ (die persönlich anwesend war), „Kahlschlag in Amazonien: Waldzerstörung und Klimawandel gefährden die indigenen Völker im brasilianischen Regenwald“ (mit dem Vorsitzenden des Dachverbandes des Amazonas Almir Surof), oder „Die Yeziden im Irak: Warum werden sie verfolgt?“ (mit dem höchsten Geistlichen Oberhaupt Mir Tahsin Said Beg).

Sehr erfreulich ist, dass aus allen Teilen Deutschlands, aber auch aus dem Ausland junge Praktikantinnen und Praktikanten, meist Studenten zu uns kommen. Sie bleiben jeweils einige Monate bei der GfbV und unterstützen wirksam unsere Arbeit. Viele unserer Mahnwachen, Demonstrationen und Großaussendungen wären ohne sie nicht möglich gewesen. Gleichzeitig sind eine ganze Reihe von neuen Regionalgruppen entstanden, die Bewegung in die GfbV bringen.

Auch 2008 waren unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unsere Mitglieder und die Repräsentanten unserer nationalen Sektionen an vielen Orten präsent. André Rollinger in Luxemburg vertrat uns beim Europarat, Ulrich Delius bei den Vereinten Nationen in Genf, Rebecca Sommer dort in New York. Wir traten bei Bundestagsausschüssen für Minderheiten ein und versuchten in Gesprächen auch das Auswärtige Amt zu Initiativen für Rechte verfolgter Minderheiten zu bewegen.

60 Jahre Anti-Völkermordkonvention

Einen besonderen Akzent setzten wir im Gedenken an den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes durch die Vereinten Nationen mit einer Veranstaltung im Berliner Dom. Am 9. Dezember 1948 hatte Raphael Lemkin, jüdischer Rechtsanwalt aus Polen, endlich das Ziel erreicht, das er sich schon in den 30-er Jahren gesteckt hatte: Die Konvention wurde von der UN-Generalversammlung in New York einstimmig angenommen. Die USA verweigerten so kurz nach Hiroshima und Nagasaki ihre Unterschrift. Lemkin, der seine gesamte Familie durch den Holocaust verloren hatte, starb 1959 verarmt in den USA, die die Konvention erst 1988 unterschrieben.

Zu Ehren Lemkins sprachen zu uns Prof. Gregory Stanton, Präsident der International Association of Genocide Scholars (Washington D. C.), und Shimon Samuels, Direktor des Simon Wiesenthals Zentrum in Paris. Simon Wiesenthal hatte die Gesellschaft für bedrohte Völker seit 1979 immer wieder unterstützt und nicht zuletzt mit ihrer Bosnien-Arbeit sympathisiert. Raphael Lemkin wurde von Frau Prof. Claudia Kraft von der Universität Erfurt durch ein Referat geehrt. Überraschend, dass Lemkin sich auch gegen Ende seines Lebens für die deutschen Vertriebenen eingesetzt hatte. Prof. Gunnar Heinsohn von der Universität Bremen, Autor des im Fischer-Verlag erschienenen Genozid-Lexikons, leitete souverän unsere Veranstaltung, an der auch die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, teilnahm.

Aus der Arbeit unserer Sektionen

Auch die anderen Sektionen der Gesellschaft für bedrohte Völker International haben sich entwickelt. Die österreichische Sektion erlebte einen Zustrom neuer aktiver Mitglieder, zu denen viele ehemalige Flüchtlinge aus Minderheiten-Regionen zählen. Beeindruckend war 2008 wieder der dekorative und informative Jahreskalender der Wiener, der auch in Deutschland immer mehr Interessenten findet. Beide, die österreichische wie die Schweizer GfbV-Sektion geben spannende und informative Zeitschriften zu Minderheitenproblemen – „bedrohte Völker“ und „Vielfalt“ – heraus. Sie können bei den Sektionsbüros in Wien und Bern direkt angefordert werden. Unsere deutsche Sektion publiziert nach wie vor die Zeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“ in Göttingen. Unsere Redaktion hat dem umfangreichen Blatt ein neues ansprechendes Profil gegeben.

Erfreulich ist auch die kontinuierliche Arbeit der Sektionen in Bosnien-Herzegowina und der autonomen Region Kurdistan/Irak für die Opfer der zurückliegenden Kriege und Genozide. Nicht zuletzt seien aus der vielfältigen Arbeit der Sektion Italien mit dem Büro in Bozen/Südtirol der Themenschwerpunkt Klimawandel und Indigene Völker erwähnt, aber auch die Produktion eines Dokumentarfilms in vier Sprachen zur Situation der kurdischen Volksgruppe in der Türkei und die Pressearbeit auch für die italienischen Medien.

Mit diesem Jahresbericht, in dem wir ausgewählte Kampagnen unsere Menschenrechtsarbeit 2008 vorstellen, möchten wir allen unseren Mitgliedern, Förderern, Spendern, ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern ganz herzlich für Ihre Unterstützung danken. Gern stehen wir für Fragen auch zu unseren Arbeitsschwerpunkten, die wir hier nicht ausführlich darstellen oder gar nicht erwähnen konnten, zur Verfügung!

Ihr



Tilman Zülch, Bundesvorsitzender

40 Jahre GfbV: Das Göttinger Tageblatt berichtet

12

TAGEBLATT *Spezial*

Donnerstag, 4. Dezember 2008

„Auf keinem Auge blind“ seit vier Jahrzehnten

Weltweiter Einsatz für Menschenrechte: Gesellschaft für bedrohte Völker feiert Geburtstag

VON MATTHIAS HEINZEL

Göttingen. „Wir sind eine der ganz wenigen Organisationen der 1968er-Bewegung, die bis heute überlebt hat“, räsontiert Tilman Zülch über die von ihm gegründete Gesellschaft für bedrohte Völker. „Wir waren absolut undogmatisch“, sagt der Generalsekretär der GfbV Deutschland und Präsident der GfbV International an die Gründung der Hamburger „Aktion Biafra-Hilfe“ durch den damaligen Volkswirtschafts- und Politikstudenten Zülch und seinen Mitstreiter, den Medizinstudenten Klaus Guercke.

Der Protest gegen das unter anderem von Großbritannien unterstützte brutale Vorgehen der nigerianischen Zentralregierung gegen die nach Unabhängigkeit strebende Provinz Biafra begann mit einer spektakulären Aktion: „Als wir mit 50 Studentinnen und Studenten das britische Generalkonsulat an der Alster besetzten“, erinnert sich Zülch, „schockierte das den Botschafter Großbritanniens mehr als das Sterben im Hungerkessel von Biafra“. Mehr als zwei Millionen Menschen fielen dem Sezessionskrieg zum Opfer, die Bilder von hungernden Kindern gingen um die Welt.

Nach dem Ende des Biafra-Krieges 1970 kümmerte sich Zülch um andere Konfliktherde – aus der Biafra-Hilfe wur-

de die Gesellschaft für bedrohte Völker. Es folgen Anstrengungen zur Rettung der Ache-Indianer in Paraguay, Hilfe für kurdische Flüchtlinge aus dem Nordirak, der Einsatz für Osttimor, für Tibet, für die Rechte der Indianer in Nord- und Südamerika, die Aborigines in Australien oder die Einmischung in den Konflikt der 90er Jahre auf dem Balkan.



GfbV-Chef Tilman Zülch GfbV

Auch um fast vergessene Genozide kümmerte sich die GfbV: So rief sie den Völkermord an christlichen Armeniern in der Türkei in den Jahren 1915/18 ebenso ins öffentliche Bewusstsein wie den Massenmord an Sinti und Roma in deutschen Konzentrationslagern während des

Zweiten Weltkriegs. Derzeitiger Arbeitsschwerpunkt ist der blutige Konflikt im sudanesischen Darfur. Dazu kommen die Menschenrechtssituation in Burma, China, Bolivien, Afghanistan und anderswo.

Ohne seinen berühmtesten Sturkopf hätte Zülch wohl kaum erreicht, dass die GfbV zu einer der weltweit schlagkräftigsten Menschenrechtsorganisationen wurde. Zülch verrät ein weiteres Geheimnis seines Erfolgs: das Vermeiden jeglicher Parteilichkeit oder politischen Einseitigkeit – von Anfang an. „Auf keinem Auge blind“, sagt Zülch, sei seit 1968 seine Leitlinie gewesen. Verfolgung und Vernichtung, Vertreibung, die Einrichtung von Konzentrations- und Vergewaltigungslagern „sind immer und überall ein Verbrechen“, sagt Zülch – gleichgültig, von welcher politischen Seite aus dies betrieben wird.

Festakt am Sonntag

Neben den Formalien einer Jahreshauptversammlung findet am Sonnabend im Victor-Gollancz-Haus eine Podiumsdiskussion zum Thema „Völkermord verhindern – auch mit Waffengewalt?“ statt. Beginn ist um 16.30 Uhr. Am Sonntag ab 10 Uhr ist ein Festakt „40 Jahre GfbV“ vorgesehen, bei dem es insbesondere um die Tragödie von Darfur geht.



Biafra, 1968: Kinder mit Hungerbauch.

AP/HO



2001: In Frankreich stranden 1000 kurdische Flüchtlinge. Reuters

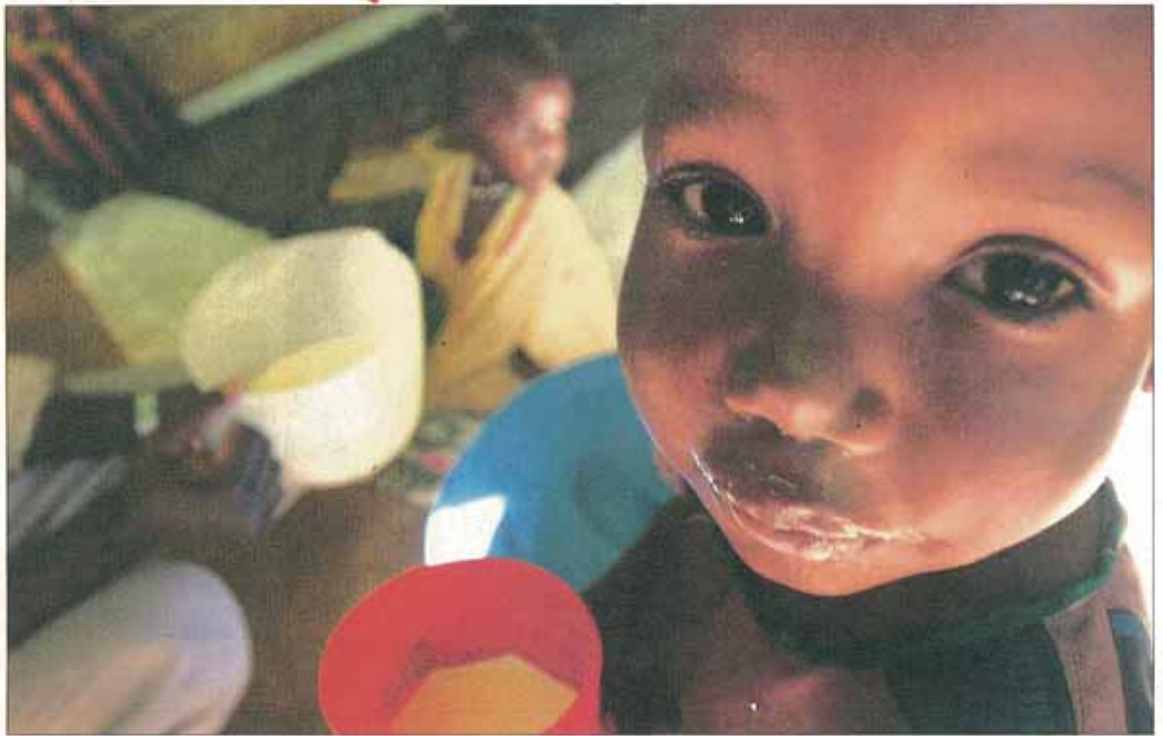


Opfer des Kriegs in Bosnien: Massengrab unweit von Brcko, entdeckt im November 2006. Reuters



1940: „Zigeuner“ werden vom NS-Regime deportiert. AKG

Vier Jahrzehnte wird die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ in diesen Tagen alt – Grund genug für die GfbV und ihren Chef Tilman Zülch, die diesjährige Jahreshauptversammlung am Sonnabend, 6. Dezember, und am Sonntag mit vielen Gästen aus aller Welt zu einer großen Feier zum 40-jährigen Bestehen zu erweitern. Die Menschenrechtsorganisation mit Sektionen in Österreich, der Schweiz, Südtirol/Italien, Luxemburg, Bosnien-Herzegowina, Chile und im Irak sowie mit Repräsentanten in London und New York City hat ihren Sitz seit 1978 in Göttingen.



November 2004, Lager bei Kebkabiya, Nord-Dafur: Vertriebene und unterernährte Kinder erhalten Milch.

Reuters

Weltweiter Einsatz für Opfer

Gegründet 1968 in Hamburg, wurde aus der „Aktion Biafrahilfe“ zwei Jahre später die „Gesellschaft für bedrohte Völker“: Die Menschenrechtsorganisation will sich weltweit für ethnische und religiöse Minderheiten und gegen Vertreibung und Genozid einsetzen.

1972 betreut die GfbV mehr als 70 biafranische Flüchtlinge. Ein Jahr später unternimmt die Organisation die erste weltweite Aktion zur Rettung der Ache-Indianer in Paraguay, die laut Zülch „wie Tiere gejagt und in ein Lager gesperrt werden“. 1974 sammeln GfbV-Mitglieder drei Tonnen Medikamente für kurdische Flüchtlinge aus dem Nordirak. 1976 mobilisiert die GfbV die Weltöffentlichkeit gegen den von den USA begünstigten Überfall Indonesiens auf Osttimor und gegen die Vernichtung von zunächst 60 000 Osttimoresen und der chinesischen Minderheit.

1978 wird die GfbV-Zentrale von Hamburg nach Göttingen verlegt. Ein Jahr später beginnt die Organisation eine große und letztlich erfolgreiche Kampagne für die Anerkennung von Sinti und Roma als Holocaust-Opfer. 1988 erinnert die GfbV an die Vernichtung der christlichen Assyrer in der Türkei in den Jahren 1915 bis 1918. Im Jahr 1986 folgt eine Kampagne gegen Zwangsumsiedlungen in Äthiopien. 1991 macht die GfbV auf Gräueltaten beim Überfall des Irak auf Kuwait und irakische Giftgasmorde an Kurden und Assyrern aufmerksam. Ab 1992 recherchieren Zülch und andere GfbV-Mitarbeiter Fakten zum beginnenden Völkermord auf dem Balkan nach der Anerkennung Bosnien-Herzegowinas durch die europäischen Regierungen.

Berater der UN

Der Schwerpunkt der Arbeit der Menschenrechtsorganisation hat sich seit den Anfängen immer weiter von direkter humanitärer Hilfe zu politischer Einflussnahme über den Weg der Aufdeckung von Unrecht und Mobilisierung der Öffentlichkeit gewandelt. Seit 1993 hat die GfbV Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Die GfbV ist gleichzeitig Mitgliedsorganisation des Komitees für eine demokratische UNO. Seit Januar 2005 hat sie mitwirkenden Status beim Europarat. Bis heute ist Zülch Präsident der GfbV International und Generalsekretär der GfbV Deutschland.

Bosnien-Herzegowina

Überlebende des Völkermords klagen an und fordern Hilfe

Anlässlich des Kinostarts von „Anonymia - Eine Frau in Berlin“ organisierte die GfbV gemeinsam mit dem Frauenverband im Bund der Vertriebenen e. V. am 24. Oktober 2008 eine Pressekonferenz im Französischen Dom zu Berlin. Deutsche und bosnische Vergewaltigungsoffer richteten einen gemeinsamen Appell an die Öffentlichkeit, in dem es hieß: „Die schmerzhafteste Vergangenheit muss ganz ohne Tabus bewältigt werden, auch in Deutschland, damit Hilfe zustande kommt und künftige Kriegsverbrechen an Frauen verhindert werden.“ Spiegel TV, NDR, BR, RBB und Radio Multikulti berichteten.

Als beim Landgericht in Den Haag die erste Zivilklage gegen die 1995 in Srebrenica stationierten niederländischen Blauhelme verhandelt wurde, organisierte die GfbV dort im Juni und September Mahnwachen für rund 50 Frauen aus der ehemaligen ostbosnischen UN-Schutzzone. Medien in Deutschland, den Niederlanden und Bosnien informierten über die Menschenrechtsaktionen. Die Klage des bosnischen Übersetzers Hasan Nuhanovic und der Familie von Rizo Mustafic, deren Angehörige von den Blauhelmen an die Einheiten des serbischen Generals Ratko Mladic ausgeliefert und ermordet worden waren, wurde zur großen Enttäuschung der Überlebenden des Massakers von Srebrenica abgewiesen. Die niederländischen Truppen standen unter UN-Befehl, hieß es zur Begründung. Die Kläger werden in Berufung gehen.



Mahnwache in Den Haag mit einem 60 Meter langen Transparent mit den Namen von 8.106 Toten aus Srebrenica, Foto: GfbV-Archiv

Im Rahmen ihrer Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes zeichnete die GfbV den bosnisch-serbischen Menschenrechtler und General a.D. Jovan Divjak und Dr. Halima Bashir, Folteropfer aus Darfur, mit ihrem Victor-Gollancz-Preis aus. Divjak verteidigte die bosnische Hauptstadt Sarajevo gegen die Truppen der Kriegsverbrecher Radovan Karadzic und Ratko Mladic während des Bosnien-Krieges 1992-1995. Die Laudationes hielten Günter Nooke, Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, und der GfbV-Gründer und -Vorstandsvorsitzende Tilman Zülch.

Erleichtert über die Verhaftung des seit Jahren gesuchten Kriegsverbrechers Radovan Karadzic mahnte die GfbV in mehreren Pressemitteilungen und Appellen u.a. an den Europarat, die Suche nach dem noch immer flüchtigen Serbenführer Ratko Mladic zu intensivieren. Das Massaker von Srebrenica dürfe nicht ungesühnt bleiben. So lange Mladic nicht gefasst und vor dem Tribunal in Den Haag zur Rechenschaft gezogen wurde, dürfe es keine Annäherung an Serbien geben.

Kosovo

Von denen keiner spricht: Einsatz für Roma und Aschkali

Vor der Innenministerkonferenz in Potsdam am 20. November demonstrierte die GfbV gemeinsam mit Angehörigen der Roma und Aschkali sowie irakischen Christen dafür, Flüchtlingen aus beiden Ländern dauerhaft Schutz zu gewähren. Der Vorsitzende der Konferenz, Innenminister Jörg Schönbohm, empfing eine Delegation unserer Menschenrechtsorganisation und der Betroffenen zum persönlichen Gespräch und nahm in Gegenwart zahlreicher Pressevertreter und Fernsighteam eine von dem Philosophen und GfbV-Beiratsmitglied Prof. Ernst Tugendhat unterzeichneten Appell zur Aufnahme Vertriebener in Deutschland entgegen. Wenige Wochen später kündigte die EU an, 10.000 besonders bedürftige Flüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen. Deutschland erklärte sich bereit, 2500 von ihnen Schutz zu gewähren.

In den bleiverseuchten Flüchtlingslagern „Osterode“ und Česmin Lug/Çesmin Llug im Norden des Kosovo waren 2008 noch immer 638 Roma untergebracht, darunter 324 Kinder. Die GfbV wandte sich an die Vertreter der internationalen Gemeinschaft, der USA und der EU und forderte die Auflösung der Lager sowie eine Entgiftungstherapie für die Insassen. Für alle Bewohner der belasteten Region müsse es ein umweltmedizinisches Behandlungszentrum geben. Endlich machte das Europaparlament die katastrophale Lage der Roma-Flüchtlinge im Kosovo unter der Obhut der UN zum Thema einer Fragestunde, zu der der Leiter des GfbV-Kosovo-Teams, Paul Polansky, auf Einladung der Europaparlamentarierin Emma Nicholson nach Brüssel reiste. Er bat eindringlich um Evakuierung der Lager. Wenige Tage später trat er im House of Commons in London auf sowie vor dem Irish Joint Foreign Affairs Committee in Dublin. Kurz darauf Treffen fuhren EU-Kommissarin Genoveva Ruiz Calavera und EU Direktor Pierre Mirel nach Nord-Mitrovica.



Roma im Kosovo leben in tiefster Armut.
Foto: GfbV-Archiv

Flüchtlingsarbeit

„Bosnische Flüchtlinge, ihre Erlebnisse im Heimatland und ihre Erfahrungen im deutschen Exil“ lautet der Arbeitstitel des Buches von US-Journalist Bill Walker, der bei seinen Recherchen und Gesprächen mit Augenzeugen von der GfbV-Südosteuropareferentin Jasna Causeciv unterstützt wurde. Tagtäglich berät sie Hilfe suchende Flüchtlinge aus verschiedensten Ländern, führt Gespräche mit Anwälten und zuständigen Behörden, begleitet Betroffene bei Behördengängen und Arztbesuchen. Die GfbV klärt, ob Flüchtlinge zur Roma-Volksgruppe aus dem Kosovo und anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien gehören und stellt darüber Bescheinigungen aus.

Nahost

Irak

Christen, Mandäern und Yeziden Schutz gewähren!

Aus dem Irak erreichten uns 2008 immer wieder bestürzende Nachrichten über Attentate, Bombenanschläge und andere Verbrechen fanatischer Islamisten an assyro-chaldäischen-aramäischen Christen. Seit Jahren dokumentiert der GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido die Übergriffe. Als der verschleppte Erzbischof Paulos feige ermordet aufgefunden wurde, riefen wir zum Trauergottesdienst und Protestmarsch in Berlin auf. Viele Christen beteiligten sich daran. Drei Viertel der 2003 noch rund 650.000 Assyrer-Chaldäer-Aramäer sind inzwischen aus dem mittleren und südlichen Irak geflohen. Auch von den ehemals 30.000 Mandäern leben dort nur noch 5.000. Ein gezielter Raketenangriff, bei dem 2008 eine zehnköpfige mandäische Familie ausgelöscht wurde, weitere Morde, Entführungen und Drohungen waren für viele Anlass, ihre Heimat endgültig zu verlassen.



Immer wieder appellierten wir an Politiker, ein großes Kontingent dieser Glaubensflüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Dafür sammelten wir 7.000 Unterschriften, die wir der Bundesregierung überreichten, führten Lobbygespräche, veranstalteten in Frankfurt einen Kongress über die verzweifelte Situation der irakischen Minderheiten und organisierten vor Innenministerkonferenzen Mahnwachen, informierten die Medien. Schließlich erklärte sich die EU bereit, 10.000 besonders Schutzbedürftigen Zuflucht zu gewähren. 2.500 nimmt Deutschland auf. Mit diesem ersten Erfolg unserer Kampagne geben wir uns jedoch nicht zufrieden. Denn die Not der Flüchtlinge in Iraks Nachbarländern Syrien und Jordanien ist dramatisch. Viele brauchen dringend Hilfe.

Auch die Yeziden fühlen sich nicht sicher. Etwa 550.000 der weltweit 800.000 Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft leben im Irak, vor allem im Bergland von Sinjar. Gemeinsam mit der yezidischen Gemeinde in Deutschland gedachte die GfbV am ersten Jahrestag des verheerenden Attentats von Sinjar (14.08.2007) der 336 Toten.

Schutz der Yeziden im Irak!

Für Menschenrechte. Weltweit.
Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei der UN und mitwirkendem Status beim Europarat

gesellschaft für bedrohte völker

Aktions-
transparent
für Veran-
staltungen

Schon lange wirbt die GfbV für die Eröffnung einer diplomatischen Vertretung im friedlichen autonomen Bundesstaat Irakisch-Kurdistan. GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch sprach Außenminister Frank-Walter Steinmeier 2008 persönlich darauf an. 2009 soll nun ein Generalkonsulat in Arbil eröffnet werden.

Türkei

Für die Gleichberechtigung der Kurden

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan forderte im Februar eigene Schulen für türkische Migranten in Deutschland. Die GfbV erinnerte daraufhin in einer weit verbreiteten Pressemeldung daran, dass die Türkei ihren rund 15 Mio. Kurden kurdische Schulen und Universitäten verweigert, ihre Sprache und Kultur nicht als gleichberechtigt anerkennt. Nach den ersten türkischen Bombenangriffen auf PKK-Stellungen im nordirakischen Kurdistan appellierte die GfbV an Erdogan, versöhnlich auf die Kurden in seinem Land zuzugehen, ihre 3276 zerstörten Dörfer wiederaufzubauen, die drei Millionen Vertriebenen zurückkehren zu lassen und die 1719 kurdischen politischen Gefangenen, die ohne Urteil inhaftiert sind, freizulassen.



Der GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido bei der Konferenz „Kurdenfrage in der Türkei“ im EU-Parlament Brüssel im Februar 2008

Als türkische Nationalisten auf der Frankfurter Buchmesse zwei Stände von Kurden angriffen, forderte die GfbV die Messeleitung öffentlich dazu auf, den 40 Millionen Kurden im Nahen Osten eine Plattform zu bieten: Wie die Türkei 2008 solle Kurdistan 2011 offizieller Ehrengast der Buchmesse werden!

Glaubensfreiheit für Christen angemahnt

Anlässlich der Einweihung der Moschee in Duisburg für die in Deutschland lebenden Muslime im Oktober 2008 mahnte die GfbV Religionsfreiheit und Schutz für die noch rund 125.000 Christen in der Türkei an. Wir veröffentlichten eine kritische Pressemitteilung, in der wir die bedrückende Lage der Armenier, Assyrer-Aramäer, Griechisch-Orthodoxen, evangelischen und katholischen Christen zusammenfassten, die unter Diskriminierung und behördlicher Schikane leiden. Viele kirchliche Medien griffen diese Mitteilung auf.



Mor Julius Hanna Aydin, Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche, war im Februar 2008 zu Gast bei der GfbV, Foto: GfbV-Archiv

Für die 2004 vertriebenen Assyrer-Aramäer aus dem Dorfes Sare in der Region Tur Abdin baten wir kirchliche Institutionen in Deutschland um Hilfe. Für einen Neuanfang brauchen Rückkehrer wenigstens Wasser, Strom und Ackergeräte. Die kaum noch 2.000 assyrisch-aramäische Christen im Tur Abdin führen ein Leben in Unsicherheit. Nachdem Zehntausende während des türkisch-kurdischen Bürgerkrieges nach Westeuropa fliehen mussten, drohen ihnen auch heute noch Entführungen, Überfälle und Landstreitigkeiten. Deshalb muss auch ihr 1600 Jahre altes Kloster Mor Gabriel um seine Existenz fürchten.

Syrien

Flüchtlinge vor Abschiebung schützen!

Zum Schutz der bis zu 7.000 syrischen Flüchtlinge in Deutschland, die nach Unterzeichnung eines Rücknahmeabkommens mit Syrien am 14. Juli 2008 abgeschoben werden können, rief die GfbV zu einer Großdemonstration in Berlin auf. In Syrien drohen den Flüchtlingen Verhaftung, Misshandlung oder Folter.



Kurdische Bauern sind von Enteignung bedroht.
Foto: GfbV-Archiv

Wir beteiligten uns an Protesten gegen die geplante Enteignung kurdischer Bauern entlang der syrischen Grenze in Berlin und alarmierten die Botschaften der EU-Länder in Damaskus. Wir baten die Diplomaten, Demonstrationen genau zu beobachten, um so die Teilnehmer zu schützen. Mehrfach informierten wir die Medien über die bedrückende Lage der rund 300.000 Kurden, die keine Rechte haben, weil Syrien sie nicht als seine Staatsbürger anerkennt. Präsident Assad hatte ihnen die Wiedereinbürgerung versprochen. An den EU-Ratsvorsitzenden Nicolas Sarkozy appellierten wir in dringenden Schreiben, ihn beim Gründungstreffen der Mittelmeerunion daran zu erinnern.

Inhaftierten Menschenrechtler freilassen!

In der Nacht zum 15. August wurde einer unserer Gewährsmänner, der kurdische Menschenrechtler Maschal Tamo, von syrischen Sicherheitskräften verhaftet. Wir wandten uns sofort an internationale Institutionen und Außenministerin demokratischer Staaten mit der dringenden Bitte um Hilfe und informierten die Medien. Unsere Vertreterin bei den Vereinten Nationen intervenierte beim syrischen Repräsentanten in New York. Diese Initiativen haben Maschal Tamo wohl das Leben gerettet. In anderen Fällen wurden Inhaftierte tot aufgefunden. Jetzt steht Maschal Tamo wegen „Anzettelung eines Bürgerkrieges“ vor Gericht. Ihm drohen lebenslange Haft und Zwangsarbeit. Wegen ihres politischen Engagements sind mindestens 150 Kurden in Syrien inhaftiert. Wir setzen uns für ihre Freilassung ein. Gefängnis und Folter drohen auch Christen, die sich in der assyrisch-aramäischen Partei ADO engagieren.

Iran

Menschenrechtsreport dokumentiert Verfolgung

Aseri, Kurden, Araber, Belutschen, Turkmenen, Assyro-Aramäer, Bahá'í u.a. werden im Iran diskriminiert und unterdrückt. Kurz vor Erscheinen unseres Menschenrechtsreports über die systematische Verfolgung der Bahá'í wurde dort die Führungsspitze dieser liberalen Glaubensgemeinschaft verhaftet. Wir informierten die Öffentlichkeit über Verschleppungen, Verfolgungen, Folterungen und Ermordungen von Angehörigen religiöser und ethnischer nichtpersischer Minderheiten durch irakische Geheimdienste.

Afrika

Sudan

Frieden und Gerechtigkeit jetzt!

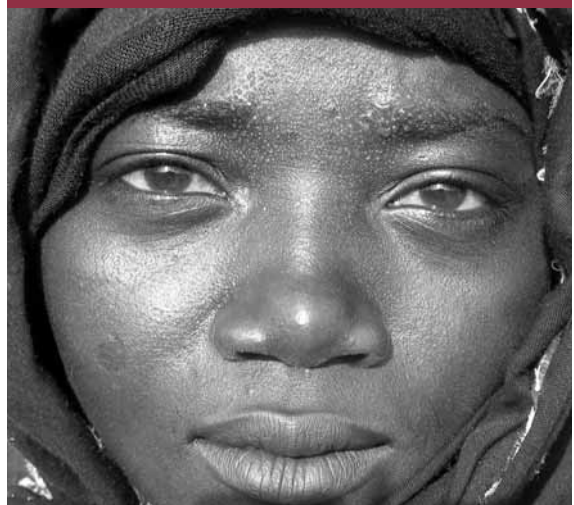
Der anhaltende Völkermord in Darfur und die Gefahr eines neuen Krieges im Südsudan bildeten die Schwerpunkte unserer Afrika-Arbeit. So stellten wir Ende Januar 2008 ernüchtert fest, dass auch sechs Monate nach dem Beschluss des Weltsicherheitsrates, Friedensstruppen der Vereinten Nationen (UN) und der Afrikanischen Union (AU) zu entsenden, die Zivilbevölkerung nicht vor Übergriffen geschützt wurde. Nachdrücklich appellierten wir in Schreiben an alle Regierungschefs der 53 AU-Mitgliedstaaten, dem Sudan nicht den Vorsitz in der AU zu übertragen. Denn Sudans Diktator Omar Hassan al Bashir sei für die Vertreibung von 2,8 Millionen Menschen in Darfur verantwortlich. Außerdem ignoriere er systematisch humanitäres Völkerrecht und lasse seine Bevölkerung aushungern. Bashirs Bewerbung scheiterte zum dritten Mal.

Immer wieder unterstützten wir mit internationalen Appellen die Suche nach Gerechtigkeit und einem wirksameren Schutz der Zivilbevölkerung in Darfur. So veröffentlichten wir Ende März den Appell renommierter internationaler Juristen, die den Weltsicherheitsrat aufforderten, vom Sudan endlich konsequenter die Auslieferung gesuchter Kriegsverbrecher zu fordern. Ein Jahr nach der Ausstellung von Haftbefehlen des Internationalen Strafgerichtshofes gegen einen amtierenden sudanesischen Minister und einen Führer der Janjaweed-Reitermilizen forderten wir Ende April endlich die Vollstreckung der Haftbefehle. Im Juli dokumentierte GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius in einem Memorandum, wie sich der Internationale Strafgerichtshof seit vier Jahren vergeblich um Gerechtigkeit für die Opfer in Darfur bemüht.

Im Namen von 50 internationalen Menschenrechts- und Darfur-Organisationen übergaben wir vor dem Gipfeltreffen der G 8-Staaten im Juli Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Appell, sich gemeinsam mit den wichtigsten Industriestaaten für eine bessere Ausstattung der Friedensstruppen in Darfur einzusetzen. Weltberühmte Kinderbuchautoren wie Cornelia Funke und die „Harry Potter“-Autorin J.K. Rowling plädierten auf unsere Initiative hin für einen wirksamen Schutz insbesondere der Kinder in Darfur. Doch außer vielen Worten sei die internationale Gemeinschaft nicht bereit zu handeln, kritisierten wir ein Jahr nach dem Beschluss des Friedenstruppeneinsatzes am 31. Juli. Als sich im September der UN-Weltgipfel zum dritten Mal jährte, auf dem sich Staaten aller Kontinente verpflichtet hatten, bei Vertreibungen,

**VÖLKERMORD.
HEUTE.**

Rettet Darfur!



Die „Rettet Darfur!“-Kampagne war auch das Thema der bundesweiten Weihnachtsaktion 2008. Hieran beteiligten sich am 9. Dezember 41 Städte.

Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzuschreiten und die Bevölkerung zu schützen, falls nationale Regierungen versagen, warfen wir der internationalen Gemeinschaft vor, mit ihren leeren Versprechungen die Menschen in Darfur zu verraten.

In Seminaren, Konferenzen und Vorträgen bei der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bundeswehr, Kirchengemeinden, Nord-Süd-Initiativen, Schulen und Universitäten informierten wir über die Hintergründe des Genozids. So analysierten wir vor 260 Politiklehrern aus ganz Niedersachsen auf einer Lehrerfortbildung in Hannover die Ursachen des Darfur-Konflikts. Im Rahmen einer Lese-Rundreise stellten wir in München, Münster und Berlin das Buch „Der Übersetzer“ vor, in dem ein Übersetzer aus Darfur seine gefährlichen Recherche-Reisen mit ausländischen Journalisten in der Krisenregion beschreibt.



Aktion in Berlin zum „Global Day for Darfur“ am 13. April 2008
Foto: GfbV-Archiv

Auch arbeiteten wir bei der deutschen Vertonung des Films „Die Todesreiter von Darfur“ mit, der mit großem Erfolg inzwischen auch mehrfach im Fernsehen gezeigt wurde. GfbV-Mitarbeiter Hanno Schedler reiste mit dem Film durch viele deutsche Kinos und erklärte die Hintergründe des Völkermords.

Seit 41 Jahren setzt sich die GfbV für Menschenrechte und Frieden im Sudan ein. Dass dieses Engagement der sudanesischen Botschaft in Berlin missfällt, wurde im Mai wieder deutlich: In einem Verfahren vor dem Berliner Kammergericht konnten wir belegen, dass ein sudanesischer Spion auch unsere Aktivitäten jahrelang ausgekundschaftet hatte. Weil er geständig war, wurde er zu einer Bewährungsstrafe von 18 Monaten verurteilt.

Immer wieder warnten wir 2008 vor einer Zunahme ethnischer Spannungen im Südsudan und vor der Gefahr eines erneuten Krieges. Nachdrücklich appellierten wir mehrmals an die Europäische Union und an den Weltsicherheitsrat, sich dafür einzusetzen, dass der Nordsudan endlich das Friedensabkommen vom Januar 2005 umsetzt. Das Abkommen hatte 37 Jahre Krieg und Völkermord beendet, dem mehr als 2,5 Millionen Südsudanesen zum Opfer gefallen sind.



Aktionstransparent für Veranstaltungen

Asien

China

Verfolgung von Tibetern und Uiguren weltweit im Fokus

2008 schaute die ganze Welt auf die Volksrepublik China, denn die Machthaber hatten die Olympischen Spiele nach Peking geholt. Die Volksrepublik sollte als moderner und weltoffener Staat präsentiert werden. Die GfbV konzentrierte sich darauf, die massive Unterdrückung von Tibetern, Uiguren und Mongolen immer wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken genauso wie das Schicksal der Demokratiebewegung und die blutige Zerschlagung der Meditationsbewegung Falun Gong. Schon bei der Vergabe der Olympiade an Peking im Jahr 2001 hatten wir



protestiert und die Befürchtung geäußert, das Großereignis werde die Lage der Menschenrechte weiter verschärfen und nicht verbessern. Unsere Befürchtungen wurden leider bestätigt. So schlugen chinesische Sicherheitskräfte überwiegend friedliche Proteste von Tibetern im März 2008 brutal nieder. In vielen Presseerklärungen und Interviews informierten wir über die Verfolgung der Tibeter. In zahlreichen deutschen Städten organisierten wir Demonstrationen zur Unterstützung der Tibeter, über die in Radio, Fernsehen und Zeitungen ausführlich informiert wurde. Besonderes Aufsehen erregte unsere Kampagne gegen Volkswagens Unterstützung eines Olympischen Fackellaufes. In Hannover und vor den Werkstoren in Wolfsburg protestierten wir mit Tibetern dagegen, dass Volkswagen mit Fahrzeugen den umstrittenen Fackellauf förderte. Unser Appell an Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulf, sich im VW-Aufsichtsrat gegen das umstrittene Engagement des Autokonzerns auszusprechen, stieß auf breites Interesse in den Medien. Beim Bundeswirtschaftsministerium reichten wir eine Beschwerde gegen das Großunternehmen wegen Verletzung von OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen ein.



Im Olympia-Jahr konnten wir auch deutlich machen, dass die muslimischen Uiguren ebenfalls massiv in China verfolgt werden. Lange war die Unterdrückung der Uiguren in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden. Als sich Uiguren aus aller Welt im April 2008 in Berlin zum Uigurischen Weltkongress versammelten, organisierten wir eine viel beachtete Pressekonferenz mit der Präsidentin des Weltkongresses, Rebiya Kadeer, und dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke. Auch organisierten wir eine Menschenrechtsaktion am Brandenbur-

ger Tor und führten gemeinsam mit Uiguren Gespräche mit führenden Politikern. Wir dokumentierten neue Verhaftungswellen gegen Uiguren in China und warnten nachdrücklich vor einer Eskalation der Gewalt. Als Uiguren vor der Olympiade aus Verzweiflung Anschläge auf Polizisten verübten, wandten sich Medien aus aller Welt an uns, um Hintergrundinformationen über ihre Verfolgung zu erhalten. In Interviews in der ARD, im ZDF und im Bayerischen Fernsehen sowie in zahllosen Radiointerviews informierten wir über ihre Lage. Führende Vertreter der Uiguren konnten durch unsere Vermittlung erstmals in den bedeutendsten Nachrichtensendungen der ARD und des ZDF über ihre Verfolgung berichten. Mit Dutzenden Uiguren protestierten wir in München gegen den Olympischen Fackellauf, der auch in der Heimat der Uiguren neue Menschenrechtsverletzungen zur Folge hatte.

Alle großen deutschen Fernsehsender berichteten über unsere Protestaktion mit Uiguren, Tibetern und Falun Gong-Anhängern vor der chinesischen Botschaft in Berlin zum Auftakt der Olympiade. In Dutzenden Interviews berichteten wir während und nach der Olympiade über die Verfolgung von Nationalitäten und religiösen Minderheiten in China. In mehr als eintausend Presseberichten wurden wir zitiert. So trugen wir maßgeblich dazu bei, dass sehr kritisch über die Verfolgung von Tibetern und Uiguren berichtet wurde, doch ihre Lage in China besserte sich durch die Olympiade nicht. Im Gegenteil, mit immer neuen Verhaftungen versuchten die Behörden die Nationalitäten einzuschüchtern. Im September organisierten wir gemeinsam mit Helmut Steckel und der Regionalgruppe Hamburg der Tibet Initiative Deutschland im Hamburger Völkerkundemuseum eine Podiumsdiskussion mit führenden Bundestagsabgeordneten zu den Perspektiven Tibets nach der Olympiade.



Aufsehen erregte in Hamburg auch unser im September zum „ChinaTime“-Fest, bei dem die Hansestadt ihre Partnerschaft mit Schanghai feierte, veröffentlichte Menschenrechtsreport zur Lage in der chinesischen Metropole. Im Zentrum stand dabei die Verfolgung von Falun Gong-Praktizierenden. Fernsehen, Radio und Zeitungen berichteten über den Report, über dessen Beratung in der Hamburger Bürgerschaft bis heute die Koalitionsparteien CDU und GAL streiten.

Auch in Lüneburg, Göttingen, Stuttgart, Leipzig und Friedrichshafen machten wir auf Menschenrechtsverletzungen in den chinesischen Partnerstädten aufmerksam. Zu Göttingens geplanter Partnerschaft mit Nanjing publizierten wir einen Report über die Verfolgung von Schriftstellern, Journalisten und Falun Gong-Anhängern. Im Stadtrat und seinen Ausschüssen engagierten wir uns gegen eine Aufnahme der Städtepartnerschaft.

Als erste Menschenrechtsorganisation weltweit veröffentlichten wir im Mai einen Menschenrechtsreport über die Hintergründe der Inhaftierung von 17 Uiguren in dem US-Gefangenenlager Guantanamo. In einer Diskussion im Bayerischen Fernsehen und in vielen Radiointerviews berichteten wir über das Schicksal der unschuldig Inhaftierten. In mehreren E-Mail-Protestaktionen sowie vielen Lobby-Gesprächen setzten wir uns für die Aufnahme einiger dieser Uiguren in Europa ein.



Burma

Die Nationalitäten in dem Vielvölkerstaat leiden besonders unter der brutalen Verfolgung durch die Militärjunta. In Presseerklärungen und Interviews informierten wir über die Vertreibung von mehreren zehntausend Angehörigen ethnischer Minderheiten oder ihre Flucht vor schweren Menschenrechtsverletzungen. In Schreiben an den Weltsicherheitsrat und die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte forderten wir eine Bestrafung der Verantwortlichen von Vergewaltigungen, Zwangsarbeit, Folter und willkürlichen Erschießungen. In mehreren E-Mail-Protestaktionen setzten wir uns für eine Verschärfung der Sanktionen der Europäischen Union ein. Als die Junta nach dem Wirbelsturm Nargis internationale Helfer nicht in das Land lassen wollte, warfen wir ihr Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Im ZDF berichtete Ulrich Delius über die Hintergründe der Verfolgung der Nationalitäten.

Weitere Schwerpunkte des Asienreferates

Auch setzten wir uns mit Postkarten-Aktionen für die Rückkehr von rund 100.000 Ausgebürgerten aus **Bhutan** ein, engagierten uns für die Bergvölker und religiösen Minderheiten Vietnams und für verfolgte Muslime in **Südthailand**. Zum 60. Jahrestag der Gründung **Indiens** informierte Markus Nitsch in einem Menschenrechtsreport über die katastrophale Lage der Adivasi-Ureinwohner. Unser Adivasi-Koordinator Dr. James Albert engagierte sich erfolgreich gegen die Verfolgung christlicher Adivasi im indischen Bundesstaat Orissa. Der GfbV-**Afghanistan**-Koordinator Tillmann Schmalzried setzte sich gemeinsam mit afghanischen Menschenrechtlern gegen Straflosigkeit und den wachsenden Einfluss von Warlords ein. Politiker aller Bundestagsfraktionen engagierten sich aufgrund seines Drängens für den zum Tode verurteilten Journalisten Parvez Kaambakhsh. In einem ersten Schritt erreichten die Proteste, dass die Todesstrafe in eine Haftstrafe umgewandelt wurde. Inzwischen versicherte uns Außenminister Steinmeier, dass Parvez bald freigelassen werden soll. Ein Erfolg auch unserer Beharrlichkeit.

Laos/Thailand

Hmong-Flüchtlinge von Abschiebung bedroht

Im Juni 2008 spitzte sich die Lage tausender Hmong aus Laos in einem Flüchtlingslager in Nordthailand dramatisch zu. Sie sollten abgeschoben werden. Aus Protest wollten rund 5.000 von ihnen zu den UN nach Bangkok marschieren. Doch schnell stoppte sie das Militär, mehrere hundert Flüchtlinge wurden sofort abgeschoben. In Laos werden die Hmong, die während des Vietnamkriegs auf Seiten der USA kämpften, blutig verfolgt. Deshalb müssen sie versteckt im Dschungel leben.

Seit 2006 engagiert sich unsere US-Repräsentantin Rebecca Sommer nahezu Tag und Nacht für die Dschungel-Hmong. Sie steht in Telefonkontakt zu den thailändischen Behörden, den UN, der deutschen Botschaft, dem Auswärtigen Amt, US-Behörden und Hmong im US-Exil. So konnten wir die Vorgänge in Thailand genauestens dokumentieren. Im August baten wir unsere Mitglieder und Förderer, sich an unserer Postkartenaktion für die Hmong-Flüchtlinge an den König Thailands zu beteiligen. Wir bekamen viele Rückmeldungen, einige Leser wollten sich bei Thailand-Urlaube sogar selbst ein Bild von der Lage machen.

Neben der Öffentlichkeit und Politikern in aller Welt informierten wir auch gezielt die Medien. Nach jahrelangen, eher erfolglosen Appellen widmen sich nun auch in Deutschland immer mehr Journalisten der Tragödie der Hmong.

Indigene Völker

Brasilien

Schutz für kleine Völker in freiwilliger Isolation



Botanikunterricht im Ausbildungszentrum Yoreka Ātame, Foto: Eliane Fernandes

Seit einigen Jahren unterstützt die GfbV die kleine Gruppe der etwa 800 Ashaninka im brasilianischen Bundesstaat Acre. Auch 2008 besuchte sie die Ethnologin und ehrenamtliche GfbV-Brasilienexpertin Dr. Eliane Fernandes Ferreira. Die GfbV unterstützt das Ashaninka-Projekt „Yoreka Ātame“ (Ausbildungszentrum für Erziehung, Kultur und Umwelt) und hilft den Indianern es bekannt zu machen und Spenden dafür einzuwerben. Das Zentrum in der Ortschaft Marechal Thaumaturgo hat seine Arbeit mittlerweile aufgenommen. Indianischen und nicht-indianischen Anwohnern des Flusses Juruá wird hier traditionelles

indianisches Wissen vermittelt. Sie sollen lernen zu erkennen, dass der Urwald ein schützenswerter Lebensraum ist, der genutzt werden kann, ohne ihn zu zerstören.

Auf dem Land der Ashaninka lebt auch ein kleines Volk in freiwilliger Isolation, das aus Peru von illegalen Holzfällern hierher verdrängt wurde. Die Ashaninka setzen sich dafür ein, dass dieses kleine Volk seine Lebensweise bewahren kann, und wollen ihm eine dafür ausreichend große Landfläche verschaffen. Wir laden die Sprecher der Ashaninka, Benki und Isaac Piyäko, im Frühsommer 2009 nach Deutschland ein, damit sie für beide Anliegen bei Politikern, Stiftungen und öffentlichen Veranstaltungen werben können.

Die kleinen Völker Amazoniens, die in freiwilliger Isolation leben, berühren viele Menschen. So wurde unsere Presseerklärung vom 30. Mai 2008, in der wir wirksame Schutzmaßnahmen und garantierte Schutzgebiete für sie forderten, vielfach gedruckt. Unsere Referentin für indigene Völker, Yvonne Bangert, wurde um zahlreiche Interviews gebeten. Zuvor hatte die brasilianische Indianerbehörde FUNAI Fotos eines solchen kleinen Volkes veröffentlicht, auf dem Indianer mit Pfeil und Bogen auf ein Flugzeug zielen, das über ihre Siedlung fliegt.

Den Surui aus dem brasilianischen Bundesstaat Rondonia wurde der Kontakt mit der Außenwelt Ende der 1960-er Jahre zum Verhängnis: Zählte dieses freiwillig isolierte Volk damals noch etwa 5000 Angehörige, sind es heute noch etwa 250. Ihren Sprecher Almir Surui und Marcio Meira, Präsident der FUNAI, luden wir im März 2008 zu uns nach Göttingen ein. Sie berichteten unserenzahlreichen Gästen im VICTOR-GOLLANZ-HAUS über ihren Kampf zum Erhalt des Regenwaldes, ihrer Lebensgrundlage. Durch ungesicherte Landrechte, Wasserkraftwerke, ein Gaspipeline-Projekt und illegale Holzfäller ist die Existenz sehr vieler indianischer Völker im Amazonasgebiet gefährdet. Als Almir Surui nach seiner Rückkehr Morddrohungen erhielt, reagierten wir mit Lobbybriefen und einer Protestmailaktion für seinen Schutz.



Almir Surui zu Gast bei der GfbV, Foto: GfbV-Archiv

Als Almir Surui nach seiner Rückkehr Morddrohungen erhielt, reagierten wir mit Lobbybriefen und einer Protestmailaktion für seinen Schutz.

Bolivien

Mehr Rechte für indigene Mehrheitsbevölkerung

Bolivien stand im Frühjahr 2008 vor einer Zerreißprobe. Die Regierung unter dem indigenen Präsidenten Evo Morales, die mit umfassenden Reformen die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der indigenen Bevölkerungsmehrheit deutlich stärken will, und die bürgerliche, nicht-indigene Opposition in den so genannten Halbmondstaaten Pando, Beni, Santa Cruz und Tarija im östlichen Tiefland lieferten sich einen erbitterten Machtkampf. Die Halbmondstaaten sprachen sich mit Referenden für Autonomie aus. So hatte die Polarisierung zwischen dem armen indianischen Andenhochland im Westen Boliviens, in dem sich die politische Macht konzentriert, und dem reichen von Europäern und Mestizen geprägten Tiefland mit seiner wirtschaftlichen Dominanz eine neue Qualität gewonnen.

Kerstin Veigt, Mitarbeiterin im Referat indigene Völker der GfbV, machte sich vom 21. April bis zum 4. Mai 2008 in Bolivien selbst ein Bild von der Lage und fasste ihre Recherchen in dem 25-seitigen Report „BOLIVIEN: Indigene Völker verteidigen neue Rechte gegen alte Machtstrukturen“ zusammen. Sie besuchte außerdem ein seit einigen Jahren von der GfbV unterstütztes Projekt der Nichtregierungsorganisation Delpia die unter den Yuracare im Tiefland und neuerdings auch im Hochland Boliviens Entwicklungsvorhaben umsetzt wie den Aufbau von Viehzucht, Honigproduktion, Tourismus in Kleinstgruppen. Die nur noch 150 bis 200 Familien der Yuracare leben in den Bezirken Beni und Cochabamba. In mehreren von der GfbV organisierten Vortragsveranstaltungen mit dem indigenen Botschafter Boliviens Walter Prudencio Magne Veliz informierten wir über die Entwicklungen in Bolivien.



Ecuador

Widerstand im Amazonasgebiet

Im September 2008 organisierte und begleitete die GfbV eine zweiwöchige Rundreise des Präsidenten der Kichwa-Gemeinschaft Sarayacu, José Dionicio Machoa durch das Bundesgebiet. Auch in Göttingen informierte er mit seinem Film und Vortrag „Widerstand im Amazonasgebiet“ über den Widerstand seiner 2000 Angehörige zählenden Gemeinschaft gegen die Ölförderung auf ihrem Land. Dafür hat die Regierung von Ecuador multinationalen Konzernen Konzessionen erteilt. Bereits fertig gestellte Pipelines, unter ihnen eine von der Westdeutschen Landesbank mitfinanzierte und eine von Texaco gebaute Pipeline, haben die Erschließung des südöstlichen Amazonasgebietes vorbereitet. Im Osten Ecuadors klagt die indigene Bevölkerung bereits über vergiftete Flüsse, gerodetes Land, rostende Pipelines und hunderte von Auffangbecken mit giftigen Ölschlammern. Aus dieser Region werden die Quellflüsse des Amazonas gespeist.

Die Menschen von Sarayacu wehren sich auf ganz eigene Weise gegen die Zerstörung ihres Landes. Zu seinem Schutz pflanzen sie eine 300 km lange „Lebensgrenze“ aus bunt blühenden Obst- und Medizinbäumen. Außerdem gehören ein Botanischer Garten, ein „Zentrum für Rituale und Medizin“ und ein „Zentrum für Bildung und traditionelles Wissen“ zu ihrem Projekt „Sarayacu - Lebensgrenze“, das die GfbV unterstützt.

UNO und Europarat

Für Minderheiten in internationalen Gremien aktiv

Auch 2008 war die GfbV wieder bei Klimakonferenzen und anderen internationalen Zusammenkünften der Vereinten Nationen (UN) mit Delegierten vertreten. Einen Schwerpunkt unserer UN-Arbeit bildet jedoch noch immer das Engagement im UN-Menschenrechtsrat in Genf. Für kleinere Nichtregierungs- oder Selbsthilfeorganisationen bedrohter Völker ist es deutlich schwerer geworden, sich dort einzu-bringen. Denn mit bis zu vier oder fünf Sitzungsperioden jährlich sowie weiteren Treffen der Sonderausschüsse oder im Rahmen des Universal Periodical Review (UPR), der die Menschenrechtslage in allen Mitgliedsstaaten untersucht, haben sich die Termine innerhalb von drei Jahren verdreifacht.

Leider sind die Stellungnahmen des Menschenrechtsrates oft einseitig. Er fokussiert stark auf den Palästina-Konflikt. Die meisten anderen großen bewaffneten Konflikte wie Sri Lanka, Somalia oder Sudan sind kein Thema. Jede Kritik an der Politik Chinas und Russlands ist tabu. Wie weit die politische Frontenbildung fortgeschritten ist, zeigte eine Sondersitzung im Dezember. Dabei verweigerten sich die afrikanischen und asiatischen Staaten gemeinsam einer Initiative der Europäischen Union zur Verbesserung der Menschenrechtslage im Kongo.

Tatsächlich sind die Staaten im Rat bereits in der Mehrheit, die konkrete Beratungen über die Menschenrechtslage in einzelnen Ländern grundsätzlich verweigern. Sie werden angeführt von China und Russland, die versuchen, Länderresolutionen zu verhindern, und diktatorischen Regimes regelmäßig Schützenhilfe geben. Was übrig bleibt sind mehr oder weniger belanglose Willenserklärungen zur Bekämpfung von Kindersoldaten und Armut, die für die praktische Politik meist keine Bedeutung haben.

Angesichts dieses politisch immer schwierigeren Umfeldes und der abnehmenden Effizienz des Menschenrechtsrates hat die Lobby-Arbeit in Genf für die GfbV nicht mehr den hohen Stellenwert wie früher. Doch wenn es sich zeitlich einrichten lässt, beteiligen wir uns mit schriftlichen und mündlichen Eingaben sowohl im Rat als auch im UPR-Verfahren. So haben wir 2008 mehr als ein Dutzend UPR-Stellungnahmen verfasst. Bei bestimmten Staaten haben wir im Vorfeld des Verfahrens alle Mitgliedstaaten des Rates angeschrieben und gedrängt, Fragen zur Lage der ethnischen und religiöser Minderheiten zu stellen. Regelmäßig beteiligten wir uns oder organisierten eigenverantwortlich Informationsveranstaltungen zu aktuellen Menschenrechtsproblemen am Rande der Ratssitzungen.

Europarat: Neue Arbeitsschwerpunkte definiert

Am 25. Juni 2008 nahm der frühere Vizepräsident der GfbV International, André Rollinger aus Luxemburg, für unsere Menschenrechtsorganisation an der 5. Konferenz Internationaler Nichtregierungsorganisationen (INGO) beim Europarat teil. Sie hatte es sich zum Ziel gesetzt, die thematische Arbeit neu zu organisieren. Die früheren Arbeitsgruppen sollen nun von fünf Komitees abgelöst werden, die sich den Themen Menschenrechte, Kultur und Bildung, Zivilgesellschaft und Demokratie, sozialer Zusammenhalt und Armutsbekämpfung sowie nachhaltige Regionalentwicklung widmen. Seit 1. Januar 2005 hat die GfbV International „mitwirkenden Status“ beim Europarat. Er ist die einzige europäische Institution, bei der auch Vereinigungen der Zivilgesellschaft in einer festgelegten aktive Rolle mitwirken können. Sein Ziel u.a. ist die Verteidigung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen 47 Mitgliedsländern, zu denen auch Russland, Georgien und die Türkei gehören. Die GfbV nimmt regelmäßig zu menschenrechtlichen Themen im Europarat Stellung.

Regionalgruppen und Aktionen

Ehrenamtliche Stütze der GfbV Arbeit vor Ort

Im Jahr 2008 waren im gesamten Bundesgebiet 14 Regionalgruppen aktiv, die in ihrem Umkreis Informationsveranstaltungen und Aktionen durchführten und so einen wichtigen Multiplikator der GfbV Arbeit darstellten.

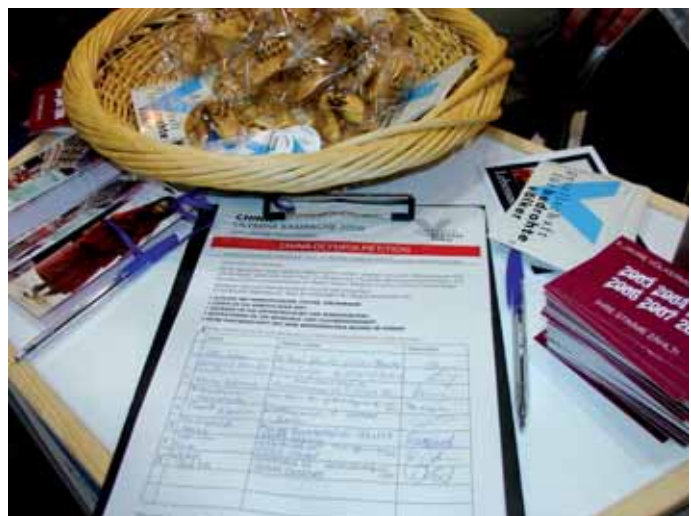
Es gab dabei viele gruppenspezifischen Aktionen. Hier seien einige wenige Beispiele genannt: Die RG Braunschweig unterstütz(e) ein Projekt der indigenen Gemeinschaft der Quichua zum Erhalt des Primärregenwaldes in Ecuador, während sich die RG Düsseldorf an der Gründung eines Roma-Forums beteiligte. Die RG Münster setzte einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die intensive Unterstützung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Die RG Karlsruhe begleitete ein Musical von ehemaligen ugandischen Kindersoldaten, und die RG Leipzig organisierte einen großen Vortrag zum Kahlschlag im Regenwald für Palmölplantagen. Die RG Hamburg leistete unschätzbare Unterstützung bei vielen Aktionen und Veranstaltungen im Rahmen unserer Chinakampagne.

Auch bei gemeinsamen, bundesweiten Aktionen waren die Gruppen sehr engagiert. Sie trugen zur Sammlung von 10.000 Unterschriften im Rahmen der GfbV Chinakampagne ebenso bei wie zu unserer Weihnachtsaktion zum Thema „Völkermord heute. Rettet Darfur!“, die Engagierte in knapp 50 Städten auf die Beine stellten. Es ist unseren Regionalgruppen zu verdanken, dass der Quichua-Häuptling José Dionisio Machoa Santi seinen Vortrag in mehreren Städten vor aufmerksamen Zuhörern halten konnte. Außerdem beteiligten sich unsere Ehrenamtlichen mit Infoveranstaltungen im Rahmen der Wanderfotoausstellung von Christian Ender zum Thema „Bedrohte Völker Amazoniens“.

Zum Austausch und persönlichen Kontakt dienten zwei bundesweite Regionaltreffen im Frühjahr im Bundesbüro in Göttingen und im Herbst auf der Jugendburg Ludwigstein. Für das Jahr 2009 sind neben vielen Aktionen auch einige Regionalgruppenneugründungen geplant, so dass die ehrenamtliche Arbeit weiter an Stellenwert gewinnen möge.

Aktionen

Mehr als 50 Menschenrechtsaktionen, Vortragsabende oder Tagesseminare in unserem VICTOR-GOLLANZ-HAUS, Informationsstände, Großveranstaltungen und die Betreuung der ehrenamtlichen Aktiven und Regionalgruppen organisierten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Aktionsreferat Sandra Bremer, Eva Lutter und Torsten Flader 2008. Neben der Beteiligung an vielen Kulturfesten und Vorträgen, sind dabei besonders die zum Teil spektakulären Menschenrechtsaktionen im Rahmen unserer China-Olympia-Kampagne und die Mahnwache für die Freilassung des in



Gesammelte Unterschriftenlisten im Rahmen der China-Olympia-Kampagne, Foto: GfbV-Archiv

Afghanistan inhaftierten Journalisten Parvez Kaambakhsh vor dem Brandenburger Tor, die bei den Medien auf besonders großes Interesse stießen. Konzentriertes Organisationstalent war auch für unsere bundesweite Weihnachtsaktion in knapp 50 Städten unerlässlich, während unsere fünftägige Präsenz auf der Leipziger Buchmesse vor allem Durchhaltevermögen erforderte.

Der Festakt zum 40-jährigen Jubiläum der GfbV in Göttingen sowie die Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Verabschiedung der UN Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes Anfang Dezember in Berlin waren Höhepunkte unseres Arbeitsjahres, die unser Aktionsteam mit Bravour meisterten. Zum Festakt in der restlos gefüllten historischen Aula der Göttinger Universität kamen zahlreiche Minderheitenvertreter aus dem In- und Ausland, Repräsentanten aus Kultur, Wissenschaft und Politik sowie zahlreiche langjährige Mitglieder und Freunde der GfbV. Die Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der UN Konvention gegen Völkermord fand im Berliner Dom statt. Durch das Programm führte der Genozidforscher Prof. Dr. Gunnar Heinsohn, wichtige Akzente setzten die Redebeiträge des Direktors für Außenbeziehungen am Simon Wiesenthal Zentrum in Paris, Herr Dr. Shimon Samuels, und der Präsident der International Association of Genocide Scholars, Prof. Gregor H. Stanton aus Washington D.C. Die Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, gab der Veranstaltung Gewicht.



Der GfbV-Stand auf der Leipziger Buchmesse im März 2008.
Foto: GfbV-Archiv



Ulrich Delius bei einer Protestaktion für den zum Tode verurteilten Journalisten Parvez Kaambakhsh am 22.07.08 in Berlin. Aktionen mit GfbV-Glückskeksen im Rahmen der China-Kampagne schafften Sympathien und füllten unsere Spendendosen.
Fotos: GfbV-Archiv

Presse: Die GfbV in den Medien

Von den Aachener Nachrichten bis zur Zweibrücker Rundschau - der Name unserer Menschenrechtsorganisation fiel 2008 in mehr als 850 deutschen Zeitungen, Zeitschriften, in ungezählten Fernseh- und Rundfunknachrichten, bei Reportagen, Talk- und Diskussionsrunden. Tagesaktuell äußerten wir uns in fast 250 Pressemitteilungen und Offenen Briefen zu politischen Entscheidungen, die Minderheiten und Ureinwohnergemeinschaften Nachteile brachten. Wir verbreiteten Nachrichten über Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung, informierten über Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verfolgung und Vertreibung. In zahlreichen Interviews konnten wir unsere Kritik an der Bundesregierung oder einzelnen Landesregierungen, aber auch an Wirtschaftsunternehmen oder den Kirchen öffentlich machen.

Viele Journalisten stießen bei ihrer Recherche auf unsere Homepage, auf der wir jede Pressemeldung, aber auch viele Hintergrundberichte und Kampagnen einstellen. Redakteure zitierten aus unseren Menschenrechtsreporten oder Dokumentationen, erfragten Details telefonisch oder per E-Mail. Mehrfach wurden GfbV-Experten zu Gesprächsrunden in Fernseh- oder Rundfunkstudios eingeladen. Oft folgten Fernsehteams, Rundfunkreporter oder Redakteure von Zeitungen und Nachrichtenagenturen unserer Einladung zu Menschenrechtsaktionen. Gerade in Berlin berichteten nicht selten auch die Korrespondenten ausländischer Medien über unsere Mahnwachen, Demonstrationen oder Vortragsveranstaltungen. Die englisch-, französisch-, spanisch-, russisch- oder arabischsprachigen Dienste der Deutschen Welle trugen unsere Stimme für bedrohte Völker in die Welt.

Ein besonders umfangreiches Medienecho registrierten unsere Pressereferentin Inse Geismar und Archivarin Iris Castro während unserer mehrmonatigen Kampagne für die verfolgten Volksgruppen in China. Die Zeitungsbeiträge, in denen die blutige Unterdrückung der Uiguren, Tibeter und Falun-Gong-Anhänger durch Peking zum Thema gemacht wird, füllen mehrere Aktenordner. Wie empfindlich wir die chinesischen Machthaber getroffen hatten, belegte die Sperrung unserer Homepage im Reich der Mitte. Außerordentlich gut war auch die Resonanz auf unsere Kampagne für die fliehenden Christen aus dem Irak. Besonders kirchliche Blätter griffen dieses Thema auf und informierten über den Vertreibungsterror gegen die Assyrer-Chaldäer-Aramäer. Der Deutschen Presse-Agentur dpa ist es zu verdanken, dass bundesweit viele Zeitungen, Radios und online-Medien über das 40-jährige Bestehen der GfbV berichteten und Höhepunkte unserer Menschenrechtsarbeit in Erinnerung riefen.

Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, alle deutschen Medien aufzuzählen, in denen die GfbV erwähnt wurde. Die Liste würde viele Seiten füllen. Deswegen kann hier nur eine Auswahl abgedruckt werden. Einen ausführlichen Pressespiegel finden Sie auf www.gfbv.de:

Aachener Nachrichten | Abendzeitung | AFP | Allgemeine Zeitung | Altmark Zeitung | Altmühlbote | AP | ARD | Augsburger Allgemeine | B.Z. | Badische Neueste Nachrichten | Bayerische Rundschau | BR | Bergische Landeszeitung | Berliner Zeitung | Bielefelder Tageblatt | Bild | Bonifatiusbote | Bonner Rundschau | Brandenburger Kurier | Braunschweiger Zeitung | Bremer Nachrichten | Buxtehuder Tageblatt | Cellesche Zeitung | China Observer | Coburger Tageblatt | Cuxhavener Nachrichten | Dachauer Nachrichten | DDP | Deister-Weser-Zeitung | DEWEZET | Der Dom | Der Neue Tag | dernewsticker.de | Deutsche Welle | Deutschlandfunk | Deutschlandradio | Die Harke | Die Welt | Die Zeit | DomRadio | Donau Kurier | dpa | Dresdener Neueste Nachrichten | epd | Erlanger Nachrichten | Financial Times |

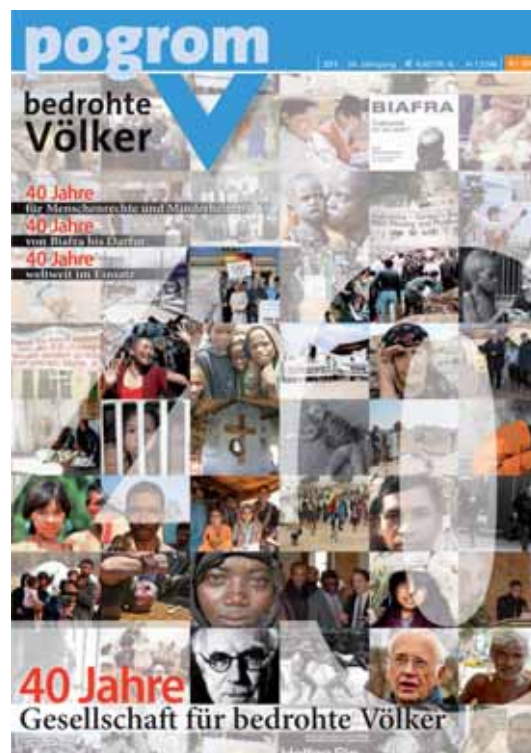


Deutschland | Flensburger Tageblatt | Focus | Frankenpost | Frankfurter Allgemeine Zeitung | Frankfurter Neue Presse | Frankfurter Rundschau | Fränkischer Tag | Freie Presse | Freies Wort | Fuldaer Zeitung | Gardelgener Volksstimme | General-Anzeiger | Genthiner Volksstimme | Gießener Allgemeine | Glaube und Leben | Glocalist.com | Glocke | Göttinger Tageblatt | Halberstädter Volksstimme | Haller Tagblatt | Hamburger Abendblatt | Handelsblatt | Hannoversche Allgemeine | Heidenheimer Neue Presse | Hessische Niedersächsische Allgemeine | HR | idea | Islamische Zeitung | Jesus | Jeversches Wochenblatt | Junge Freiheit | Kieler Nachrichten | Kölnische Rundschau | Lausitzer Rundschau | Leipziger Volkszeitung | Lippische Landeszeitung | Lübecker Nachrichten | Ludwigsburger Kreiszeitung | Magdeburger Volksstimme | Main Post | Mannheimer Morgen | Märkische Allgemeine | MDR | Merkur | Mittelbayerische Zeitung | Mitteldeutsche Zeitung | Münchner Merkur | Münstersche Zeitung | n24 | netzeitung.de | Neubrandenburger Zeitung | Neue Osnabrücker Zeitung | Neue Presse Hannover | Neue Ruhr Zeitung | Neue Zürcher Zeitung | Neues Deutschland | newsclick.de | NDR | Nordsee Zeitung | Nordwest Zeitung | n-tv | Nürnberger Nachrichten | Ostfriesenzeitung | PHOENIX | Potsdamer Neueste Nachrichten | Radio 101.6 | Radio Antenne Niedersachsen | Radio Charivari | Radio Lora | Radio Vatikan | Reuters | Rheinische Post | Rheinischer Merkur | RTL | Ruhr Nachrichten | RBB | Saale Zeitung | Saarbrücker Zeitung | Sächsische Zeitung | Sat1 | Schwäbisches Tagblatt | Schweinfurter Tagblatt | Schweriner Volkszeitung | Siegener Zeitung | Spiegel | Stern | Stuttgarter Zeitung | Süddeutsche Zeitung | Südkurier | Südwest Presse | SWR | SUPERillu.de | tagesschau | Tagesspiegel | taz | Thüringer Allgemeine | Thüringische Landeszeitung | Trierischer Volksfreund | Volksstimme | WDR | Weser-Kurier | Westdeutsche Allgemeine Zeitung | Westdeutsche Zeitung | Westfälische Rundschau | Wiesbadener Kurier | Wilhelmshavener Zeitung | Würzburger Volksblatt | Xinhua.de | ZDF

bedrohte Völker - pogrom

Große Sonderausgabe zum 40-jährigen Jubiläum

Seit Beginn des Jahres 2008 ist unsere Mitarbeiterin Katja Wolff für die Redaktion unserer Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ zuständig. Gemeinsam mit dem Gründer und Vorstandsvorsitzenden der GfbV, Tilman Zülch, sowie seinem Assistenten Mato Dujmusic bewältigte sie die besonders schwierige Aufgabe, zum 40-jährigen Bestehen der GfbV die vier Jahrzehnte Menschenrechtsarbeit auf 184 Seiten Revue passieren zu lassen. Wir hoffen, damit auch das große Engagement und die uneigennützig Unterstützung unserer ehrenamtlichen Experten und Helfer gewürdigt zu haben. Dafür, dass diese besondere Ausgabe von „bedrohte Völker - pogrom“ ein bisschen länger auf sich warten ließ, entschuldigen wir uns bei unseren Abonnenten herzlich.



2008 erschienen fünf Hefte, darunter eine Doppelnummer, mit folgenden Themenschwerpunkten:



1/2008 (Heft Nr. 246): **Im Schatten der Olympiade. Chinas Minderheiten fordern ihre Rechte**

2/2008 (Heft Nr. 247): **Sorry ist nicht genug! Australiens Aborigines wollen mehr**

3/2008 (Heft Nr. 248): **Wasser, Öl und Diamanten. Indianer kämpfen gegen Raubbau in Amazonien**

4-5/2008 (Heft Nr. 249-250): **Europäische Volksgruppen: „Wir lassen uns nicht unterkriegen!“**

6/2008 (Heft Nr. 251): **40 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker (Sonderausgabe)**

Sollten Sie sich für eine Ausgabe interessieren, können Sie sie gern nachbestellen
(info@gfbv.de oder Tel. 0551 499 06-26).

GfbV-Büro Berlin

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Praktikanten in unserem Berliner Büro zeigten 2008 in einer Fülle von Seminaren, Vorträgen, Tagungen, Empfängen und Ausstellungseröffnungen von politischen Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien, Ministerien und Botschaften Präsenz. Dabei knüpften sie Kontakte zu Politikern und Diplomaten genauso wie zu Medienvertretern und Kulturschaffenden. Sie brachten die GfbV ins Gespräch und boten bei Minderheitenfragen Beratung durch unsere Fachreferenten an. Sie informierten über Verfolgung und Unterdrückung bedrohter Volksgruppen, baten um Unterstützung oder warben um Verständnis für Flüchtlinge oder Vertriebene.

An den Berliner Schulen initiierte unser Hauptstadtbüro Unterrichtseinheiten über die Situation ethnischer Minderheiten oder Religionsgemeinschaften. Sie verschickten gezielt an Lehrer Informationsmaterial und gestalteten gemeinsam mit Betroffenen auch Unterrichtsstunden wie an der Jüdischen Oberschule. An der privaten Modeschule ESMOD hielt ein kanadischer Schwarzfußindianer auf GfbV-Vermittlung hin einen Vortrag.

Die vielen Aktionen, Mahnwachen und Kundgebungen, die die GfbV 2008 in Berlin zu verschiedenen brennenden Menschenrechtsthemen organisierte, wurden von unseren „Berlinern“ stets unterstützt. Sie halfen bei der Suche nach geeigneten Standorten oder Räumlichkeiten für eine Mahnwache oder Veranstaltung - wie beispielsweise für unsere Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der UN-Konvention gegen Genozid -, verteilten Aufrufe zur Teilnahme an unseren Aktionen und Einladungen an die Medien in Berlin. So wurde z.B. unser Protest mit Tibetern, Uiguren, Mongolen und Falun-Gong-Anhängern vor der Botschaft Chinas am Vortag der Eröffnung der Olympischen Spiele in Peking zu einem Medienereignis mit zwei live-Schaltungen zum ard/zdf-morgenmagazin.



GfbV-Berlin

Am Festungsgraben 1, Büro 213
10117 Berlin

Tel. 030 42 80 48 91

Fax 030 42 80 49 16

E-Mail: berlin@gfbv.de

<http://berlin.gfbv.de>



Kundgebung vor der Neuen Wache in Berlin gegen Völkermord in Darfur. Foto: GfbV-Archiv

Finanzen

Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen haben es schwerer als Hilfswerke, ihre Arbeit zu vermitteln und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren. Die Rechte bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und indigener Völker durchzusetzen, dazu beizutragen, Völkermord oder Vertreibung zu verhindern oder zu beenden, erfordert zähes Ringen mit Parteien, Regierungen, internationalen Institutionen, aber auch Wirtschaftskonzernen. Einsatz für Minderheiten heißt auch, sich für den Schutz ihrer Flüchtlinge einzusetzen, ihre Auslieferung oder Abschiebung zu verhindern und politische Gefangene frei zu bekommen.

Was verbirgt sich hinter den abstrakten Zahlen? All das, was Menschenrechtsarbeit beinhaltet und möglich macht. Das ist in allererster Reihe unser „Personal“: Unsere Referentinnen und Referenten für Asien, Afrika, Südosteuropa, die GUS-Staaten, den Nahen Osten, für Flüchtlinge und indigene Völker sowie für Pressearbeit und Aktionen. Dazu gehören sowohl die Redakteurin unserer Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ als auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verwaltung, Archiv, Versand. Dazu kommt unsere Mitarbeiterin in unserem Berliner Büro. Einschließlich der beiden Auszubildenden beschäftigt die deutsche GfbV-Sektion zurzeit 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit.

Unsere Referenten recherchieren permanent die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu deren Sprechern, knüpfen Netzwerke, damit Nachrichten über Bedrohungs- oder Verfolgungssituationen nicht unterdrückt werden können. Sie veröffentlichen diese Informationen in Pressemitteilungen, Menschenrechtsreporten und Memoranden, Stellungnahmen für Gremien der Vereinten Nationen, aber auch für Ausschüsse und Arbeitsgruppen unserer Parlamente, Gutachten für Gerichte und Rechtsanwälte. Wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenden uns mit Briefen, Faxen, in E-Mails und Telefongesprächen an Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschaften, um sie zum Handeln für bedrohte Volksgruppen zu bewegen. Von Fall zu Fall finden auch persönliche Begegnungen statt.

Druck- und Vertriebskosten entstehen uns für unsere Informationsblätter, die wir mehrmals im Jahr zehntausendfach verbreiten, aber auch für Menschenrechtsreporte, Dokumentationen oder Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere kreativen, oft Aufsehen erregenden Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Kosten für die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen in jeder Woche mehrere erscheinen, jeweils an hunderte von Redaktionen im In- und Ausland, an Politiker und oft auch an Verbände von Opfergruppen per Fax und per E-Mail verbergen sich hinter diesem Stichwort.

Reisekosten - dieser Posten setzt sich aus vielen Zugfahrten unserer Fachreferenten zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentariern des Bundestages, aber auch einzelner Landtage, mit Kirchenvertretern, zu Kongressen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen in vielen Städten Deutschlands oder den angrenzenden Nachbarländern zusammen. Oft begleiten wir auch Sprecher bedrohter Völker zu zuvor von uns organisierten Terminen bei Politikern, Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Oder wir vertreten ihre Anliegen dank unseres beratenden UN-Status bei den Vereinten Nationen in Genf oder sind vor Ort in Straßburg und nutzen dort unseren „mitwirkenden“ Status beim Europarat. Wenn wir eine Menschenrechtsaktion mit mehreren Mitarbeitern und meist auch ehrenamtlichen Praktikanten durchführen oder über unsere Themen mit einem Stand auf einer Messe oder während eines Konzertes informieren wollen, sind wir meist – mit unseren jeweils vielen Praktikanten und Angehörigen unserer Regionalgruppen - unterwegs.

Unsere humanitäre Arbeit wird über unseren gemeinnützigen Förderverein für bedrohte Völker ehrenamtlich koordiniert. Wir begleiten meist kleine begrenzte Projekte als Selbsthilfe für Ureinwohnergemeinschaften, die große Hilfswerke nicht fördern wollen, weil für sie der Verwaltungsaufwand zu groß ist. Eingehende Spenden werden auf einem Extrakonto gebucht und zu 100 Prozent weitergeleitet. Die GfBV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Sie gewährleisten so unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit. Ein renommierter Wirtschaftsprüfer aus Göttingen kontrolliert regelmäßig die Buchhaltung und legt dem Vorstand jeweils den Jahresabschluss vor.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

	in € (Vergleich 2007)		in €	
Umsatzerlöse				
Publikationen	69.948,87	- 20,50 %		
Sonstige Umsätze	<u>51.208,92</u>	+ 34,52 %		
	121.157,79	- 3,88 %		
Materialaufwand				
Druckkosten	<u>-56.213,87</u>	+ 29,30 %		
Rohrertrag	<u>64.943,92</u>	+ 39,54 %		
Sonstige Erlöse				
Mitgliedsbeiträge	615.058,05	- 1,42 %		
Förderbeiträge	44.239,10	+ 2,52 %		
Spenden	559.241,49	+ 3,53 %		
Zuschüsse				
Rettet Darfur	3.321,94	- 92,97 %		
Sonstige	1.094,80	- 95,20 %		
Zuwendungen aus Bußgeldern	1.625,00	- 86,37 %		
Erbschaften	8.348,42	- 92,17 %		
Erlöse aus weiterbelasteten Personalkosten	18.772,69	+ 8,12 %		
	<u>1.251.701,49</u>	- 12,91 %		
Gesamtertrag	<u>1.316.645,41</u>	- 9,81 %		
Personalaufwand				
Löhne und Gehälter	-535.462,91	- 5,66 %		
Soziale Aufwendungen	<u>-131.767,73</u>	- 10,56 %		
	<u>-667.230,64</u>	- 6,67 %		
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
Miete			-32.107,90	
Gas, Strom, Wasser			-15.695,61	
Reinigung und sonstige Raumkosten			-7.377,98	
Versicherungen und Beiträge			-19.930,48	
Reparaturen und Instandhaltung			-20.487,08	
Fahrzeugkosten Miete/Leasing			-4.600,12	
Leasing Betriebs- u. Geschäftsausstattung			-13.386,61	
Werbe- u. Öffentlichkeitsarbeitskosten			-54.675,49	
Humanitäre Hilfen und Projekte			-80.701,62	
Bewirtungskosten			-9.596,28	
Geschenke			-316,54	
Reisekosten			-19.678,05	
Druck- und Vertriebskosten			-147.365,72	
Fremdarbeiten			-19.823,64	
Porto, Kurierdienste und Telefon			-90.556,11	
Bürobedarf			-14.395,90	
Zeitschriften und Bücher			-11.088,44	
Rechts- und Beratungskosten			-12.981,41	
Buchführungskosten			-16.480,22	
Nebenkosten des Geldverkehrs			-6.478,65	
Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>-4.898,64</u>	
			<u>-602.622,49</u>	
Aufwendungen - insgesamt			<u>-1.301.958,38</u>	
Betriebsergebnis I			<u>14.687,03</u>	
Finanzergebnis				
Zinsaufwendungen			-242,14	
Zinserträge			5.754,56	
Betriebsergebnis II / Übertrag			20.199,45	
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
Verschiedene Erträge				
Rückstellungen			140,92	
Sonstige			<u>7.011,19</u>	
			<u>7.152,11</u>	
Verschiedene Aufwendungen				
Zuführung zu Rückstellungen				
Rechts- und Beratungskosten			-557,75	
Sonstige			<u>-1.929,92</u>	
			<u>-2.487,67</u>	
Neutrales Ergebnis			4.664,44	
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			<u>24.863,89</u>	

Sektionen

GfbV Bosnien-Herzegowina (BiH)

Die Versöhnungsarbeit der bosnischen GfbV-Sektion ging 2008 aktiv weiter. Sie organisierte zwei Konferenzen zur Intensivierung der Zusammenarbeit serbischer und bosniakischer Frauen. Das von unserem Büro in Sarajevo initiierte und weiterhin koordinierte Frauennetzwerk FOKUS BiH ist inzwischen als selbständiger Verband registriert.

Die Probleme von Rückkehrern in die Republika Srpska waren Thema mehrerer GfbV-Konferenzen und Runder Tische. So klagten Rückkehrer aus Prijedor, sie würden in ihren Heimatorten schikaniert. Auch im Drina-Tal gibt es große Schwierigkeiten: Rückkehrwillige bekommen keine Arbeit und haben keine Interessensvertretung, sie sind nicht krankenversichert, der Schulunterricht folgt serbischen Lehrplänen und sie fürchten sich vor der Begegnung mit Kriegsverbrechern, die unbestraft Gemeindeämter bekleiden.

Als Radovan Karadzic im Sommer endlich verhaftet wurde, forderte die GfbV-BiH, ihn auch wegen Planung des Genozids in ganz Bosnien anzuklagen und das Kriegsverbrechen Vergewaltigung als besonderen Punkt in die Klageschrift aufzunehmen. Jetzt muss er sich wegen Genozids in elf bosnischen Gemeinden vor dem Internationale Kriegsverbrechertribunal (ICTY) verantworten. Zugleich unterstrich unsere Sektion ihre Forderung, das ICTY so lange aufrecht zu erhalten, bis alle Hauptkriegsverbrecher gefasst und verurteilt wurden. So ist Ratko Mladic, verantwortlich für das Massaker von Srebrenica am 11. Juli 1995, noch immer frei. Mehrfach wandte sich die GfbV-BiH außerdem an das ICTY sowie das schwedische Justizministerium mit dem Appell, die wegen Kriegsverbrechen zu elf Jahren Haft verurteilte frühere Vizepräsidentin der Republika Srpska, Biljana Plavsic, nicht vorzeitig zu entlassen.

„Die Dokumente des Höchsten Militärrates von Serbien aus dem Prozess gegen Slobodan Milosevic, die für den Revisionsprozess Bosniens gegen Serbien sehr wichtig sind, dürfen nicht länger geheim gehalten werden!“, forderte die GfbV-Direktorin, Fadila Memisevic, im Namen bosnischer Opfervereine auf einer Konferenz des „Institute for War and Peace Reporting“ (IWPR) in Den Haag. Dorthin reiste sie mehrfach, um den Müttern von Srebrenica und dem Überlebenden des Massakers Hasan Nuhanovic, die gegen die Niederlande bzw. ihre Blauhelmtuppe Klage wegen Mitverantwortung für das Völkermordverbrechen erhoben, zur Seite zu stehen. Die Klage gegen die UN-Truppe wurde abgewiesen. Nuhanovic wird vor die nächsthöhere Instanz ziehen.

Begleitet von der GfbV konnten Srebrenica-Mütter dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Hans-Gert Pöttering, im Oktober in Brüssel eine Resolution übergeben, den 11. Juli in ganz Europa zum Gedenktag an die mehr als 8.000 Toten von Srebrenica zu machen. Nach der Zustimmung des Europa-parlaments müssen die einzelnen Länderparlamente überzeugt werden, den Gedenktag in ihrem Staat einzuführen. Die GfbV-BiH hat in Bosnien-Herzegowina und Serbien bereits mit Lobbyarbeit begonnen.



Die Direktorin der bosnischen GfbV-Sektion, Fadila Memisevic (r.), und die GfbV-Mitarbeiterin in Srebrenica, Hatidza Mehmedovic (l.) besuchen Rückkehrer in der Gemeinde Srebrenica. Foto: GfbV-Archiv

Kontakt: GfbV-Bosnien-Herzegowina, Trampina 4, BiH-71000 Sarajevo, Tel. 00387-33-213 707
Fax 00387 33 213 709, E-Mail: gfbv_sa@bih.net.ba, <http://www.gfbv.ba>

GfbV-Kurdistan/Irak

Am 15.3.2008 wählte der Beirat der GfbV-Kurdistan/Irak Masaud Siany einstimmig zum offiziellen Repräsentanten. Ende April wurde ein separates Haus für die GfbV-Sektion im Stadtteil Azadi in Arbil angemietet und renoviert. Jetzt soll die Zahl der Mitglieder des aktiven Beirats von sechs auf zwölf erhöht werden, um so auch die noch nicht repräsentierten Minderheiten in die Menschenrechtsarbeit einzubeziehen. Ziel ist es, einen Koordinierungsausschuss der irakischen Völker und Minderheiten zu bilden. Für eine friedliche Zukunft im Irak ist eine gerechte Quotenregelung für kleinere Volksgruppen in Provinzräten und im Parlament besonders wichtig.

Die GfbV-Kurdistan/Irak hält ständig Kontakt mit Sprechern der Minderheiten in allen Landesteilen, so dass jederzeit zuverlässige Informationen über ihre Situation abrufbar sind. Vor allem in den so genannten umstrittenen Gebieten, aber auch im südlichen Irak war die Lage der nichtarabischen Minderheiten geprägt von Terror und Attentaten. Im Herbst wurden durch furchtbare Anschläge auf Christen und ihre Einrichtungen in Mosul Tausende Assyrer-Chaldäer-Aramäer vertrieben. Auch Yeziden und Shabak wurden dort angegriffen. Viele der noch im Südirak verbliebenen Mandäer bereiteten ihre Flucht vor, nachdem eine mandäische Großfamilie durch einen gezielten Raketenangriff starb.

2009 will die GfbV-Kurdistan/Irak eine Konferenz der irakischen Völker und Minderheiten in Arbil organisieren. Außerdem wird angestrebt, gemeinsam mit Vertretern der Minderheiten auch in Bagdad ein Büro zu öffnen.

Kontakt:

GfbV-Kurdistan-Irak
 Masaud Siany
 Tel.: 00964 750 467991
 E-Mail: Masaud_siany@yahoo.com

oder über die GfbV-Deutschland
 Dr. Kamal Sido
 Tel: + 49 (0) 551 49906-18
 E-Mail: nahost@gfbv.de

GfbV-Österreich

Gemeinsam mit Umweltverbänden organisierte die GfbV-Ö gemeinsam mit Umweltverbänden für den Präsidenten der Tuareg-Organisation AGhir in `man, Almoustapha Alhacen, mehrere Veranstaltungen über den Widerstand der Nomaden gegen die Uranförderung in Niger. Ein Höhepunkt unter mehreren von der GfbV-Ö mitgetragenen Protestaktionen gegen Menschenrechtsverletzungen in China war die öffentliche Fastenwoche der Präsidentin der Tibetergemeinschaft Österreichs, Tseten Zöcbbauer, Ehrenmitglied der GfbV, während der Olympischen Spiele in Peking. Anlässlich des Militärputsches in der Türkei am 12. September 1980, dem auch viele Kurden zum Opfer gefallen sind, lud unsere Sektion zu einer Gedenkveranstaltung ein.



Solidariätsfasten für Tibet: Der Staatssekretär im Außenamt Hans Winkler besucht die Fastenden Tseten Zöcbbauer (Ehrenmitglied der GfbV-Ö) und Jamyang Zongcheka. Foto: Julia Pfann

GfbV-Obmann Mustafa Akgün koordinierte und leitete im November einen Workshop mit hochkarätigen Experten zu den Themen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte im neuen Verfassungsentwurf der Türkei. Mitveranstalter waren u.a. die Vereinigung der Universitätsgelehrten und die 78-er Stiftung in Istanbul. Der angespannten Situation in Bolivien (s. Kapitel Indigene Völker), der Lage der Indigenen im mexikanischen Chiapas und der Kuna-Indianer in Panama widmeten sich gut besuchte GfbV-Informationsabende. Die GfbV-Regionalgruppe Steiermark zeigte in Graz eine Fotoausstellung über diskriminierte indigene Lastenträger in Trekking-Regionen.

Auch für mehrere humanitäre Projekte warb die GfbV-Ö 2008 erfolgreich. So konnten tibetische Kinder im indischen Exil und die Frauenorganisation NuWEDA der Nuba im Sudan unterstützt werden. Außerdem war unsere Sektion Mitveranstalterin des Benefizfestes Bollywood-Masala für das Projekt „Tejaswi“ für verwaiste Pardhi-Kinder in Mumbai (Bombay). Im Rahmen der von der GfbV-Regionalgruppe Oberösterreich betreuten Schulpartnerschaft besuchte die indianische Schuldirektorin aus Sumpango in Guatemala, Maria Candelaria Acul Cay, die Partnerschule von Steyregg (Foto rechts unten). In der Lakota-Indianerreservation Pine Ridge in Süddakota/USA wurden ein Solar- und ein Bisonprojekt unterstützt.

Kontakt:

GfbV-Österreich
 Untere Viadukt Gasse 53/7A
 A-1030 Wien
 Tel. + 43-1-503 49 90
 Fax + 43-1-503 13 36
 E-Mail office@gfbv.at
 www.gfbv.at



Im September veranstaltete die GfbV ein Benefizfest für die Pardhi-Straßenkinder. Foto: Claudia Aufschnaiter



Foto: RG Oberösterreich, Eva Maria Quas

GfbV-Schweiz

Als zweitgrößte Sektion unserer Menschenrechtsorganisation führte die GfbV-Schweiz 2008 sechs politische Kampagnen durch. Sie informierte vor und während der Olympischen Spiele in Peking über die Verfolgung der Tibeter und Uiguren, organisierte Vortragsveranstaltungen und unterstützte eine nationale Demonstration. Die fortgesetzte Diskriminierung der Kurden in der Türkei und die drohende Vertreibung der Bevölkerung aus der kurdischen Stadt Hasankeyf und Zehntausender Bauern in den umliegenden Regionen durch die geplante Aufstauung des Tigris bildeten den zweiten Arbeitsschwerpunkt. Außerdem unterstützten die Mitarbeiter im GfbV-Büro Bern die intensiven Bemühungen des Leiters des GfbV-Kosovo-Teams, Paul Polansky, endlich die Evakuierung der auf verseuchtem Grund errichteten Flüchtlingslager für Roma und Aschkali durchzusetzen. Dafür gelang es ihnen durch gezielte Lobbyarbeit

im schweizerischen Parlament erste Fürsprecher zu gewinnen. In den Flüchtlingslagern „Osterode“ und Cesmin Lug in Nordmitrovica sind trotz nachgewiesener extrem gesundheitsgefährdender Schwermetallbelastung noch immer rund 560 Flüchtlinge untergebracht.

Viel Raum nahmen 2008 auch die Vorbereitung und Durchführung einer Veranstaltung zum Thema Völkermord anlässlich des 60. Jahrestages der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Genozids ein. Das Engagement der GfbV-Schweiz für einen Frieden in Darfur im Westsudan, wo der Völkermord ungehindert weitergeht und Vertriebene selbst in Flüchtlingslagern nicht sicher sind, konzentrierte sich unter anderem auf Schweizer Firmen, die trotz der Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit dem Regime in Khartum Verträge schließen. Die Unterstützung der Überlebenden der Giftgasangriffe auf die kurdische Stadt Halabja im Nordirak unter Saddam Hussein, die nach wie vor unter dem Trauma dieses furchtbaren Verbrechens leiden, schliesslich stand im Zentrum der sechsten Kampagne.

Zudem zeichnete die GfbV-Schweiz für einige konkrete Projekte im humanitären und Entwicklungsbereich verantwortlich. Das in Afghanistan gemeinsam mit dem dänischen Institut für Menschenrechte geförderte Netzwerk von NGOs kann bald in die Unabhängigkeit entlassen werden. Mit der Tschetschenin Zainap Gaschajewa wird ein Archiv mit Bildmaterial und Augenzeugenberichten über schwere Menschenrechtsverletzungen in der Kaukasusrepublik seit 1992 aufgebaut. In Irakisch-Kurdistan in der Region um Halabja werden u.a. ein Jugendradio, ein Kinderspielbus und ein Frauenzentrum aufgebaut. Für diese Projekte hat die GfbV-Schweiz gemeinsam mit der Organisation Wadi das Monitoring übernommen. Viel Energie floss auch in den Aufbau eines Projekts im Kongobecken (Foto rechts oben), welches die Position der Indigenen (insbesondere der Pygmäen) gegenüber industriellen Projekte stärken soll.

Kontakt:

GfbV-Schweiz
Wiesenstraße 77
CH-3014 Bern
Tel. +41-31-311 90 08
Fax +41-31-311 90 65
E-Mail: info@gfbv.ch
www.gfbv.ch



Die GfbV-Schweiz als Mitveranstalter bei einer Tibetveranstaltung im April 2008, Fotos: GfbV-Schweiz

GfbV-Italien/Südtirol

Die Südtiroler GfbV-Sektion hat ihre Kampagne „Klimawandel“ 2008 weitergeführt: Begleitet von der GfbV-Broschüre „Indigene und der Klimawandel in der Arktis“ zeigten mehrere Museen sowie öffentliche und private Einrichtungen in der Provinz Bozen die Ausstellung der englischen Fotografen Bryan und Cherry Alexander mit eindrucksvollen Bildern arktischer Völker. Seit Beginn der GfbV-Klimakampagne 2007 wurden rund 14.000 Besucher gezählt.

Das GfbV-Büro in Bozen unterstützte die Produktion des Dokumentarfilms „Kurdistan Free Land“ über die Lage der kurdischen Volksgruppe in der Türkei in den vier Sprachen Englisch, Deutsch, Italienisch und Kurdisch. Der Film widmet sich u.a. der Situation der Bevölkerung in Hasankeyf am Tigris, deren Stadt durch den geplanten Bau eines Großstaudammes vom Untergang bedroht ist.

Ergänzend zur guten Arbeit des „Tibet Verein Bozen“ konzentrierten sich die GfbV-Mitarbeiter Mauro di Vieste und Sabrina Bussani darauf, während der Olympischen Spiele in Peking über die Verfolgung der Uiguren in Xinjiang/Ostturkestan zu informieren. Sie organisierten Büchertische und Vorträge, beteiligten sich an Mahnwachen und verbreiteten Pressemitteilungen.

Für die italienisch-sprachigen Schulen Südtirols wurde eine Sonderausgabe unserer Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ in italienischer Sprache zum Thema „Allgemeine UN-Erklärung zu den Rechten der indigenen Völker“ veröffentlicht. Auf der Website unserer Sektion in Südtirol, die täglich von rund 3.000 Besuchern angeklickt wird, wurden alle Pressemitteilungen auch auf italienisch publiziert. Sie wurden an die deutsch- und italienischsprachige Presse weitergeleitet. Die Mitteilungen zur Lage indigener Völker übersetzten die GfbV-Mitarbeiter auch ins Spanische.



Musikalische Eröffnung der vom Naturmuseum Südtirol in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für bedrohte Völker - Südtirol organisierten Ausstellung „Arctic“ im „Aquaprad“ im Nationalpark Stilfer Joch.



Die beeindruckenden Bilder der englischen Fotografen Bryan und Cherry Alexander lockten tausende Besucher an.

Kontakt:

GfbV-Italien/Südtirol
 Postfach 233
 I-39100 Bozen/Bolzano
 Tel. + 39-0471-972 240
 Fax + 39-0471-972 240
 E-Mail: info@gfbv.it
www.gfbv.it

Publikationen

VERZEICHNIS DER PUBLIKATIONEN der GfbV Deutschland 2008

ASIEN

Afghanistan: Zwei Jahre Afghanistan-Pakt: Uneingelöste Versprechen - Menschenrechte und Wiederaufbau in Gefahr, 6/2008, Report Nr. 53, 31 Seiten, 5 Euro

Afghanistan: Freiheit für Parvez, 6 + 7/2008 kleine Handzettel, kostenlos

China: DER SCHRECKEN MUSS ENDEN! Olympiade als Chance nutzen! 7/2008 zweite Auflage, großes Faltblatt, kostenlos

China: MONGOLEN IN CHINA - Die aktuelle Situation des Nomadenvolkes, 4/2008, kleines Infoheft zur Chinakampagne, 8 Seiten kostenlos

China: TIBETER FORDERN RECHTE - Olympiade wird zum PR-Desaster für Chinas Führung, 4/2008, kleines Infoheft zur Chinakampagne, 28 Seiten, kostenlos

China: CHINAS UIGUREN- Ringen um Menschenrechte und Demokratie, 4/2008, kleines Infoheft zur Chinakampagne, 16 Seiten, kostenlos

China: RELIGIÖSE VERFOLGUNG IN CHINA, 4/2008, kleines Infoheft zur Chinakampagne, 20 Seiten kostenlos

China: CHINA UND DER SUDAN - Eine folgenschwere Partnerschaft, 4/2008, kleines Infoheft zur Chinakampagne, 12 Seiten, kostenlos

China: Guantanamo-Uiguren in Europa Schutz gewähren! 5/2008, Report Nr. 51, 25 Seiten, 3,50 Euro)

China: VW fährt für Olympia – aber bitte nicht durch Tibet, Herr Wulff! 3/2008, Handzettel, kostenlos

China: PARTNERSCHAFT MIT FOLTERKNECHTEN – Ist Nanjing falsche Wahl für Göttingen? 6/2008, Report Nr. 52, 19 Seiten, 3,50 Euro

China: „Rote Karte, Monsieur le Président!“, 7/2008, Protestpostkarte zu Beginn der Olympischen Spiele, kostenlos

China: Menschenrechtsverletzungen in Hamburgs Partnerstadt Schanghai, 9/2008, Report Nr. 56, 54 Seiten, 5 Euro

Laos/Thailand: Den Mördern entkommen – von Auslieferung bedroht! Hmong-Flüchtlinge brauchen Schutz! 7/2008, großes Kampagnenblatt mit Aktionspostkarte, kostenlos

Indien: Doppelt verfolgt: Christen in Indien – Hindu-Extremisten brennen Adivasi-Kirchen nieder, 10/2008, Infoblatt mit Aktionspostkarte, kostenlos

Indien: Verfolgung von Christen im indischen Bundesstaat Orissa – Bericht einer Untersuchungsmission der GfbV, 11/2008, 36 Seiten, 3,50 Euro

Sri Lanka: Kinder sind keine Soldaten! 2/2008, Handzettel, kostenlos

AFRIKA

Sudan: SOS Sudan: Frieden im Südsudan in Gefahr + + Gerechtigkeit für Darfur!, 5/2008, Handzettel, kostenlos

Sudan: Gerechtigkeit für Darfur: Vier Jahre Engagement der internationalen Gemeinschaft für ein Ende der Straflosigkeit in Darfur (2004-2008), 7/2008, Memorandum, 17 Seiten, 3,50 Euro

Sudan: Gerechtigkeit für Darfur: Vier Jahre Engagement der internationalen Gemeinschaft für ein Ende der Straflosigkeit in Darfur (2004-2008), 12/2008, Report Nr. 57, 30 Seiten, 2,50 Euro

Sudan: Petition mit Unterschriftensammlung für Darfur, 9/2008, kostenlos

Sudan: Völkermord heute. Rettet Darfur! 9/2009, Infoblatt, kostenlos

Sudan: Rettet Darfur! Aufruf zur Weihnachtaktion mit Hintergrundinformationen, 10/2008, kostenlos

NORD-, MITTEL- und SÜDAMERIKA

Brasilien: Indigene Völker in Brasilien – Kahlschlag im Regenwald, 2/2008, Infoblatt, kostenlos

Brasilien: Das Ashaninka-Projekt Yorenka Ātame, 2/2008, Handzettel, kostenlos

Bolivien: Indigene Völker verteidigen neue Rechte gegen alte Machtstrukturen, 6/2008, Report Nr. 55, 25 Seiten, 5 Euro

Ecuador: Widerstand im Amazonasgebiet – Die Zerstörung des Regenwaldes durch Ölförderung – eine Gemeinde wehrt sich, 8/2008, Infoblatt, kostenlos

Guyana: Von Goldsuchern bedroht – Wayana-Indianer kämpfen ums Überleben, 1/2008, Infoblatt mit Protestbrief, kostenlos

NAHER OSTEN

Iran: Die Bahá'í – Strangulierung einer religiösen Gemeinschaft, 6/2008, Report Nr. 54, 47 Seiten, 5 Euro

ÜBERGREIFENDE MENSCHENRECHTSTHEMEN

Indigene Völker: Biodiversität und indigene Völker – Ausverkauf von biologischen Ressourcen und traditionellem Wissen, 5/2008, Report Nr. 50, 37 Seiten, 5 Euro

Arbeitsbericht 2007, 52 Seiten, kostenlos

40 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker – Stärken Sie unsere Allianz für Menschenrechte! 12/2008, großes Faltblatt, kostenlos

Bildkalender Lebenszeichen 2009, 9/2008, vergriffen